

## EIN UNGARISCHER CHRISTDEMOKRAT: ISTVÁN BARANKOVICS

(1906 – 1974)

von

JENŐ GERGELY

Der Name István Barankovics' wurde international in der Emigration bekannt, und zwar als Vorsitzender der regionalen Organisation der christlichen Emigrantenparteien aus Osteuropa. In die ungarische Geschichte trug er seinen Namen als Generalsekretär der von 1944 – 1945 tätigen Christlich-Demokratischen Volkspartei, sodann als jener der 1945 – 1949 bestehenden Demokratischen Volkspartei ein. Die Verfolgung seines Lebensweges und seiner politischen Laufbahn gewährt einen Einblick in das widerspruchsvolle Schicksal der Christdemokratie in Ungarn.

### 1. *Der katholische Studentenführer*

István Barankovics wurde am 13. Dezember 1906 in der Gemeinde Polgár, Komitat Szabolcs geboren<sup>1</sup>. Sein Vater, István Barankovics d.Ä., war Lehrer der dortigen katholisch-konfessionellen Volksschule und Kantor. Seine Mutter, Erzsébet Bartha, wirkte am gleichen Ort als Lehrerin. Von sechs Geschwistern war István der Erstgeborene. Die Dorflehrerfamilie war nicht allein tief religiös, sondern auch von einem ausgeprägten sozialen Empfinden geleitet: der Vater war Leiter und Seele der katholischen gesellschaftlichen und kulturellen Vereine in Dorf. Die unteren vier Klassen der Volksschule absolvierte István Barankovics in seinem Heimatdorf.

Da die Pfarre und Schule der Gemeinde Polgár zum Erzbistum Eger gehörte, – und auch der Vater sein Lehrerdiplom in Eger erworben hatte, nahm er zum Weiterlernen seines Sohnes die Unterstützung des Erzbistums Eger in Anspruch. So wurde István Barankovics 1917 Schüler des Zisterzienser-Obergymnasiums zu Eger. Das Gymnasium absolvierte er zwischen 1917 und 1925 mit durchschnittlich sehr gutem Erfolg. Während dieser acht Jahre wohnte er unentgeltlich in Sankt-Josephs-Internat des Erzbistums Eger, wo er auch Freitisch erhielt. Im Verlauf seiner Studien wurden ihm wiederholt beträchtliche Stipendien, Preise und Unterstützungen zuerkannt.<sup>2</sup> Seine vorzüglichen ungarischen literarischen und historischen Kenntnisse sowie seine klassische Bildung erwarb er sich in der hervorragenden Zisterzienserinstitution. Die Aufmerksamkeit des Erzbischofs von Eger Lajos Szmrecsányi wurde dem talentierten jungen Mann zugewandt,

der 1925 die Reifeprüfung abgelegt hatte, und der während seiner weiteren Studien von jenem unterstützt wurde.

Das erzbischöfliche Wohlwollen war für den in die Hauptstadt ziehenden jungen Mann ein entsprechender Empfehlungsbrief. Barankovics inskribierte an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Péter-Pázmány-Universität. Während seiner Universitätsstudien wohnte er im Sankt-Emmerich-Kollegium in Buda, in einer katholischen Hochschulinstitution von hohem Niveau. Den in den Bannkreis der Literatur geratenen Juristen interessierte jedoch mehr als das Recht das Leben: er unterbrach seine Universitätsstudien und bestritt sein Dasein als „ewiger Philister“ und Jugendführer aus der Journalistik und aus anderen Möglichkeiten der Federführung.

Seit Barankovics nach Budapest kam nahm er an den Bewegungen der jungen katholischen Intellektuellen teil, die soziale Reformen anstrebten. 1928 war bereits er Generalsekretär des Landesverbandes der Ungarischen Katholischen Hochschülerschaft. (Dessen Organ, die *Vox Academica*, war es, wo seine ersten Schriften erschienen.) Schon bei seinem Start ist es bemerkenswert, dass er nicht die andere katholische Universitätsorganisation, die konservative und vornehme Eliteorganisation *Emmericana* wählte. Die von Barankovics geleitete Studentenorganisation schaltete sich in jene gesellschaftlichen Bewegungen ein, die bereits am Ende der 1920er Jahre das Scheinchristentum, die antisoziale Mentalität des christlich-nationalen Ungarns und namentlich die Aussichtslosigkeit der schon in diesem aufgewachsenen Generation erkannt haben. Die Zukunft erforschend wendeten sie sich dem ungarischen Dorf, dem ungarischen Bauern zu, da sie in diesem die volkserhaltende und -erneuernde Kraft erblickten. Für die Bauernschaft aber stellte die Bodenreform die Existenzfrage dar. Kein Zufall, dass der Sohn des Dorfschulmeisters, der von seiner Kindheit an in enger Verbundenheit mit der Bauernschaft lebte, als einer der Ersten jenes Memorandum unterschrieb, in dem der Fürstprimas Kardinal Jusztinián Serédi ersucht wurde die kirchlichen Grossgrundbesitze den Händen der Grosspächter (hauptsächlich jüdischen Pächter) zu entnehmen und jene den Zwergbauern und Landarbeitern, beziehungsweise den von ihnen gebildeten Pächtergenossenschaften zu übergeben.<sup>3</sup> Neben dem Namen Barankovics' finden wir auf diesem Dokument auch die der jungen Führer des ungarischen Reformkatholizismus: Zsolt Aradi, Borisz Balla, Jenő Katona, László Possonyi. Den eine gemässigte Bodenreform fordernden Aktionen bereitete schliesslich die Polizei ein Ende.

Die politische Vorschule des jungen Publizisten Barankovics war der katholische Reformkonservatismus. Die junge katholische Intelligenz suchte auf die Probleme der sich anfangs der 1930er Jahre vertiefenden Krise auf die Reformideen des über ein ausgezeichnetes soziales Empfinden verfügenden Bischofs Ottokár Prohászka zurückgreifend eine Antwort. Auf Initiative des Parlamentsabgeordneten der christlichen Partei Graf György Széchenyi gründeten sie am 17. Mai 1931 die Ottokár-Prohászka-Gesellschaft, die Organisation „einer jungen Garde, die sich mit sozialen Fragen befasst“. Laut Széchenyi nehmen an dieser jene Teil, die



„auf den christlichen Grundsätzen Prohászka's fussend von einer ersten Weiterbildung auf sozialem Gebiet nicht zurückschrecken und in der sozialen Tätigkeit das einzige wirksame Mittel gegen den Bolschewismus erkennen“<sup>4</sup>. Zum Ehrenvorsitzenden der Gesellschaft wurde der bekannte Theologe Universitätsprofessor Antal Schütz, zum Vorsitzenden Graf György Széchenyi gewählt. Mitvorsitzende wurden die Repräsentanten des katholischen öffentlichen Lebens: Universitätsprofessor Gyula Szekfű, der bekannte Historiker; der Dominikaner Sándor Horváth Professor an der Universität Freiburg; József Pintér, Leiter der katholischen Gesellenvereine; Pfarrer Miklós Griger, legitimistischer Abgeordneter; der Jesuit P. Gyula Tornósy; Sándor Pethő Schriftleiter der Zeitung *Magyarország*; der Piarist Professor Sándor Sik; Illés Kemenes, Professor am Benediktinergymnasium. Zu Generalsekretären wurde einer der ungarischen Experten der Berufsständigkeit Vid Mihelics und der später extrem rechtsorientierte Journalist György Oláh, zu Sekretären hingegen Zsolt Aradi und Jenő Katona gewählt. (Die beiden letzteren gaben damals gemeinsam mit Széchenyi die katholische Zeitschrift *Korunk Szava* (Stimme unserer Zeit) heraus<sup>5</sup>. In diesem geistigen Generalstab waren alle zugegen (Szekfű, Katona und Pethő), die auf die Weltanschauung des jungen Barankovics einen entscheidenden Einfluss ausgeübt haben.

István Barankovics begann seine politische Laufbahn in der „Deák-Ferenc-Gesellschaft“, die unter der Leitung von Sándor Pethő seit 1935 „eine Ideengemeinschaft der verfassungstreuen intellektuellen Jugend“ war<sup>6</sup>. Ziel der überparteilichen Jugendorganisation der konservativen, die Verfassung verteidigenden Front war die Abwehr der diktatorischen Bestrebungen und Schutz der verfassungsmässigen Ordnung. Vorsitzender der Gesellschaft wurde Graf Gyula Dessewffy, der zugleich Sekretär der legitimistischen Nationalen Volkspartei war. Dessewffy liess im März 1937 unter dem Titel *Az Ország Útja* (Der Weg des Landes) eine staatswissenschaftliche und nationalpolitische Zeitschrift erscheinen. Als Mitarbeiter und zweiten Schriftleiter nahm er István Barankovics an seine Seite.

Während sich um die Wende der 20er und 30er Jahre die Mehrzahl der sich aktivisierenden katholischen jungen Intelligenz — für längere oder kürzere Zeit — das Berufsständewesen zueigen machte, das auch seitens der Kirche kraft ihrer moralischen Autorität unterstützt wurde, suchte Barankovics nach neuen Wegen. Während die anerkannten Führer der jungen Intelligenz — Zsolt Aradi, Borisz Balla, László Possonyi — das Berufsständewesen im Reformprogramm des Ministerpräsidenten Gyula Gömbös zu realisieren glaubten und sich zur Unterstützung der Regierungspolitik hingaben, orientierte sich Barankovics in richtung der oppositionellen, legitimistischen, christlichen politischen Kreise. Dieser Legitimismus war damals keineswegs nur mit der Restauration der Habsburger gleichbedeutend, sondern er widersetzte sich von der konservativen Grundlage aus dem Faschismus. Die die Verfassung verteidigenden legitimistischen Katholiken scharten sich um die katholischen Zeitschriften *Korunk Szava* und *Jelenkor* (Gegenwart) und identifizierten sich mit den politischen Konklusionen christlich-demokratischer Prägung des französischen Neo-

katholizismus. Die politische Folge dieser ideellideologischen Orientierung war die Bejahung der Deutsch- und Nazifeindlichkeit, des katholischen Liberalismus und der christlichen Demokratie.

István Barankovics war seit Mitte der dreissiger Jahre aktives Mitglied des legitimistischen Magyar Férfiak Szent Korona Szövetsége (Landesverband Ungarischer Männer für die Heilige Krone)<sup>7</sup>, nahm jedoch nicht teil an der offiziellen christlichen Politik, am Leben der parlamentarischen, die Regierung unterstützenden Christlichen Partei und trennte sich ebenso von den verschiedenen berufsständischen Massenbewegungen ab, die Mitte der 30er Jahre ins Leben gerufen wurden. (Im politischen Leben war für ihn eine günstige Vorschule, dass er die Parlamentsreden des Grafen Hunyady von der Christlichen Partei geschrieben hat. Inzwischen entwickelten sich intime Beziehungen zwischen der Gattin des Abgeordneten, einer Fürstin Odescalchi, und dem jungen Journalisten.) Barankovics und seine Gesinnungsgenossen erblickten in den berufsständischen Bewegungen – mit einiger Übertreibung – in christliches Gewand gehüllte vorgeschobene Bollwerke der Diktatur und des Totalitarismus.

Der programmgebende Leitartikel der Zeitschrift *Az Ország Útja* begann treffend mit dem von Dante übernommenen Motto:

„Mög' Ungarn fernerhin nicht Unbill leiden!  
Lasse es sich nicht wieder verleiten...“<sup>8</sup>

In den Spalten der Zeitschrift formulierte Barankovics das katholische Programm der geistigen Landwehr gegenüber dem Nazismus, der Brückenrolle zwischen Ost und West, des dritten Weges zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Er versuchte die geistige und kulturelle Rolle des Ungartums mit dem Europäismus, die nationalen Interessen mit den gesellschaftlichen Reformen in Einklang zu bringen. Die Zeitschrift stellte sich im Geiste des liberalen Katholizismus dem Faschismus, der Rassentheorie und dem Antisemitismus gegenüber. Barankovics verfasste mehrere mutige Artikel gegen die „heimische Hitlerei“. (In seiner politischen Einstellung dürfte wahrscheinlich auch der Umstand mitgespielt haben, dass sein Gattin jüdischer Herkunft war.)

## 2. Barankovics im antifaschistischen Widerstand

Der aus dem Volke stammende katholische Journalist war schon zu Beginn seiner Laufbahn gegenüber den linksgerichteten, vom Volk ausgehenden Bewegungen aufgeschlossen. Seine politische Laufbahn bewegte sich vom Legitimismus anfangs der 40er Jahre zum katholischen Antifaschismus und zur Widerstandsbewegung. Als Schüler von Sándor Pethő und Freund des geistigen Führers des antifaschistischen Katholizismus Gyula Szekfő nahm Barankovics um die Wende 1941/42 bereits aktiv an der Unabhängigkeitsbewegung teil.

Er war es, der den Aufruf des Magyar Történelmi Emlékbizottság (Ungarisches Historisches Gedächtniskomitee), der in der Zeitung *Népszava* am 1. März 1942 erschienen war, unterschrieben hat<sup>9</sup>. Den katholischen



Flügel des zwecks Zusammenschluss der Hitler-feindlichen Kräfte gebildeten Komitees bildeten neben Szekfű István Barankovics, Jenő Kátóna, der Journalist György Parragi und Pfarrer Béla Varga, Führer der Kleinlandwirtpartei. Zum 15. März 1942 erschien das Heft Petőfi Útján (Auf Petőfis Weg), welches das Komitee redigierte und der Kommunist Gyula Kállai herausgab. In diesem erschien unter den Führern der antifaschistischen Unabhängigkeitsfront der Artikel István Barankovics' „Március népe – március nemzete“ (Märzvolk- Märznation). Der Verfasser benutzte den Gedanken der Freiheit und Gleichheit zur Darlegung der Beziehung zwischen nationaler Unabhängigkeit und gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Seiner Meinung nach ist die Vorbedingung für eine nationale Unabhängigkeit und einen gesellschaftlichen Fortschritt, dass das Volk zur Nation werde.<sup>10</sup>

Inzwischen wurde aus Barankovics ein arrivierter Journalist und Redakteur. Neben der Zeitschrift Az Ország Útja war er vom 22. August 1939 an auch Hilfsschriftleiter und aussenpolitischer Redakteur der unabhängigen politischen Tageszeitungen Kis Újság (Kleine Zeitung) und Esti Kis Újság (Kleine Abendzeitung).<sup>11</sup> Zweifellos orientierte er sich mit gutem Verständnis in den Fragen der Aussenpolitik. Er erkannte bald, dass auf das Schicksal des Ungartums die aussenpolitischen Faktoren einen entscheidenden Einfluss ausüben. Seine aussenpolitischen Artikel boten selbst im Taumel der Revisionserfolge und am Höhepunkt der Siege der deutschen Waffen eine den Möglichkeiten angemessene objektive Information.

In der Publizistik hielt sich Barankovics an die edlen Traditionen der Vorfahren im 19. Jahrhundert, im Reformzeitalter. Unter den Zeitgenossen aber galt er als Schüler und Vertrauter von Sándor Pethő, der damals schon Schriftleiter der bürgerlichen unabhängigen Tageszeitung Magyar Nemzet (Ungarische Nation) war.<sup>12</sup> Die Zeitschrift Az Ország Útja wurde im Mai 1943 eingestellt, weil István Barankovics am 20. Mai 1943 verantwortlicher Schriftleiter und Herausgeber der Zeitung Magyar Nemzet wurde. Die Richtung dieses mit dem Geld der Familie Manfred Weiss gegründeten und erhaltenen politischen Tagblattes, das anfangs Sándor Pethő – redigierte, bestimmten der gewesene Ministerpräsident Graf István Bethlen, der überparteiliche Führer der legitimistischen Bewegungen Graf Antal Sigray und Gyula Szekfű. Barankovics wurde deshalb zum Schriftleiter bestellt, weil er als geistiger Erbe Pethős galt und Szekfű ihm am meisten vertraute. Der deutschfeindlich eingestellte Barankovics war auch deshalb für diesen Posten geeignet, weil ihn die Nazis noch nicht kannten.<sup>13</sup>

Der neue Schriftleiter entsprach den Erwartungen. Die Richtlinie des Blattes vertrat die liberale Richtung des durch legitimistische und katholische Züge motivierten bürgerlichen Antifaschismus. Die Zeitung sammelte unter schriftleiterischer Mitwirkung Barankovics' jene fortschrittlichen Katholiken um sich, die mit der deutschfreundlichen Politik des bestehenden Systems Schluss machen wollten und bestrebt waren, nach Ausscheiden aus dem Krieg, im Einvernehmen mit den angelsächsischen Mächten die bestehende bürgerliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Im Interesse



dessen intervenierten sie auch bei den höchsten kirchlichen Stellen. Die zum Liberalismus gelangten fortschrittlichen Katholiken legten 1943 vor dem Fürstprimas Kardinal Jusztinián Serédi in einem Memorandum dar, dass – wenn die Kirche und der Katholizismus nach dem Krieg noch eine Rolle spielen will, müsse sie der Macht entsagen und sich selbst reformieren. Sie möge die feudalen Sonderlinge verwerfen, ein modernes soziales Programm ausgestalten und verjüngt in die neue, demokratische Welt eintreten.<sup>14</sup>

Diese Gruppe der fortschrittlichen katholischen Intelligenz, der auch Barankovics angehörte, stand schon seit Beginn der 1940er Jahre unter dem entschiedenen ideell-ideologischen Einfluss des französischen Neokatholizismus. Dessen hervorragende Denker – Maritain, Mounier, Dru – stellten die theoretisch – ideologische Konzeption der christlichen Demokratie dem Fachismus und dem katholischen Korporativismus gegenüber. Der von Maritain formulierte integrale Humanismus<sup>15</sup> bedeutete nicht allein persönliche Freiheit, die Unverletzbarkeit der Persönlichkeit, sondern auch die politische Bejahung der Demokratie gegenüber den Diktaturen.

Über Barankovics' Prinzipien vor 1945 verrät vieles, dass in Jahr 1943 das Werk „Die Gesellschaftskrise der Gegenwart“ des Neoliberalen Wilhelm Röpke, dessen Titel im Ungarischen „A harmadik út“ (Der dritte Weg) lautet, mit seinem Vorwort erschienen ist<sup>16</sup>. In diesem schreibt Barankovics: „Der Wind wendet sich... Die Menschheit erwartet wieder vom Geist die Weisung des Ausweges. Die Volkstümlichkeit der grossen Denker und das Ansehen des Gedankens nimmt zu. Es lesen wieder mehr Menschen die Bibel, die grossen Dokumente der Philosophie und die Bücher der Wissenschaft als die Parteiprogramme und die Dienstvorschriften. Bei den Befehlsverlesungen sind schon weniger zugegen. Die Geister dürsten nach dem Wort.“<sup>17</sup> Barankovics glaubte genauso wie Röpke an einen Supremat der geistigen und moralischen Werte und deren von den Zeiten unabhängige Beständigkeit. Im Mittelpunkt ihrer Anschauung standen nicht der Staat, das Volk oder die Rasse, sondern die menschliche Persönlichkeit. Sie betrachteten die Freiheit der menschlichen Persönlichkeit als Hauptziel des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems. Röpke und – ihm folgend – Barankovics verneinen die Extreme: den Kollektivismus des Faschismus und des Bolschewismus ebenso wie den Individualismus des klassischen Liberalismus. Zwischen den beiden gäbe es einen „dritten Weg“, den der mit dem christlichen Personalismus durchtränkte Neoliberalismus darstellen würde.

Der durch Chesterton, Rüstow und Röpke vertretene Neoliberalismus erreichte seine Blütezeit nach dem zweiten Weltkrieg, da sich ihre auf die Wirtschaftsordnung bezüglich Vorstellungen die christdemokratischen Parteien zueigen machten. In Ungarn vermögen wir demgegenüber die Spuren einer ideologischen Orientierung der liberal-demokratischen Richtungen nur in einem sehr beschränkten Ausmass zu beobachten.<sup>18</sup> Unter die pfadsuchenden Wenigen zählte auch István Barankovics.

Die Redaktion des Tagblattes Magyar Nemzet wurde bei der deut-



schen Besetzung seitens der Gestapo überfallen und zerstört, die Zeitung wurde eingestellt. Der nun arbeitslos gewordene Schriftleiter beendete endlich seine Universitätsstudien. Anfangs der 1940er Jahre inskribierte er abermals an der juristischen Fakultät der Universität Budapest und legte schliesslich im Juni 1944 auch das zweite staatswissenschaftliche Rigorosum und erreichte damit den Dokortitel.<sup>19</sup> Er konnte sich jedoch nicht lange der Freiheit freuen. Nach der Machtergreifung seitens der Pfeilkreuzler am 15. Oktober 1944 wurde er in die Illegalität gedrängt. Den Terror der Pfeilkreuzler und die Belagerung überstand er in eine Kutte gekleidet im Franziskanerkloster in Buda. Wie sich Augenzeugen erinnern, glich Barankovics einem stattlichen, dicken Priester, unter den Mönchen glich er am meisten einem Pfaffer.<sup>20</sup>

### 3. Gründung der Christlich-Demokratischen Volkspartei

Barankovics hatte bis zur Befreiung Budas im Februar 1945 nicht viel mit jenen katholischen gesellschaftlichen und politischen Bewegungen zu tun, die im Herbst 1944 – unter illegalen Verhältnissen – die Christlich-Demokratische Volkspartei (KDN) ins Leben riefen. Er bereitete tatsächlich von aussen her an die Spitze der Partei, in die ihm dann seine Gesinnungsgenossen folgten.

Die Gründung der neuen Partei erfolgte auf Initiative der katholischen Massenorganisationen, welche die sozialen Reformen auf berufsständischer Grundlage urgierten. Im Juni 1943 brachten die Führer der Organisation der Agrarjugend KALOT (Katolikus Legényegyletek Országos Testülete Landeskörperschaft der Katholischen Jungmännervereine), der EMSZO (Egyházközi Munkásszakosztályok Arbeitersektionen der Kirchengemeinden), sowie der Magyar Dolgozók Országos Hivatásszervezete (Landesberufsorganisation der Ungarischen Werktätigen) eine Arbeitsgemeinschaft zustande, an deren Spitze der Soziologe Béla Kovrig, Professor an der Universität Kolozsvár (Klausenburg) stand. Kirchlicher Ratgeber der Organisation wurde mit Genehmigung des Fürstprimas der Diözesanbischof von Győr Baron Vilmos Apor.<sup>21</sup> Die tatsächlichen Leiter der obigen katholischen berufsständischen Massenorganisation waren jedoch die Mitglieder des Jesuitenordens.

Nach dieser Vorgeschichte wurde am 26. August 1943 im bischöflichen Palais zu Győr die Koordinierungsorganisation namens Katolikus Szociális Népmozgalom (Katholische Soziale Volksbewegung) ins Leben gerufen, die bereits einer Untermauerung der zukünftigen Christlich-Demokratischen Partei diene. Schirmherr der Bewegung war Bischof Apor, ihr Vorsitzender Professor Kovrig, tatsächlicher Leiter und die Seele der Bewegung wurde jedoch der Jesuitenpater Jenő Kerkai, der zugleich auch Landesvorsitzender der KALOT war, die etwa eine halbe Million Mitglieder zählte.<sup>22</sup> Im Frühjahr 1944 schlugen Kerkai und die KALOT der Bischofskonferenz wiederholt vor, als Gegengewicht der sich immer mehr kräftigenden linkserichteten Bewegungen die Organisierung einer auf der Bewegung der Agrarjugend fussenden Katholischen Bauernpartei zu genehmigen. Das Episkopat stimmte der Organisierung grundsätzlich zu.<sup>23</sup>



Zum Vorsitzenden der zukünftigen christlich-demokratischen Partei wurde der Abgeordnete der Regierungspartei und Grundbesitzer im Komitat Győr, Graf József Pálffy ausersehen. Dies war weniger durch die Qualitäten des Grafen bedingt, sondern vielmehr dadurch, dass er einen historischen Namen trug und zugleich Neffe des Bischofs Apor war. Graf Pálffy geriet so in die Magyar Front (Ungarische Front), die politische Organisation des Antifaschistischen Widerstandes und an die Spitze des katholischen Widerstandes im Sommer 1944. Vor der Zustandebringung der neuen christlichen Partei musste auch die kirchliche Zustimmung eingeholt werden. Die Führer erhielten Mitte Oktober die Bewilligung vom Kardinal Serédi mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten und an dem Widerstand teilzunehmen.<sup>24</sup>

Zur Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Volkspartei kam es Mitte Oktober 1944.<sup>25</sup> Vorsitzender der Partei wurde Graf Pálffy, aber die Mehrzahl der Begründer rekrutierte sich aus den Leitern der berufständischen Organisationen, die sich für die Diktatur kompromittiert haben, und denen sich auch einige Politiker der alten Christlichen Partei angeschlossen haben. (Von diesen war der bedeutendste der Abgeordnete und Pfarrer der Diözese Győr, József Közi-Horváth war, der später in der Emigration eine führende Rolle spielte.)

Ohne die antifaschistischen Katholiken vermochte aber die christlich-demokratische Partei nicht zu bestehen, Pálffy „trat daher mit mehreren führenden Persönlichkeiten der fortschrittlichen Katholiken, die sich vor der Gestapo verborgen hielten, in Verbindung, und diese meldeten ihren Beitritt mündlich an. Auf seinen Antrag rief die Versammlung (nämlich die Gründungsversammlung – JG.) den im Untergrund lebenden Redakteur István Barankovics mit einstimmigem Beschluss in den Direktionsausschuss der neuen Partei. Die Notwendigkeit dieses Schrittes begründete Pálffy damit, dass ihn die in der Ungarischen Front erworbenen Erfahrungen davon überzeugt haben, dass man dort Barankovics für den wirklichen Führer des fortschrittlichen sozialen Katholizismus betrachte, und es daher schwierig wäre ohne ihn die kirchenfeindlichen Vorurteile der Linken zu eliminieren und im Zusammenhang mit der neuen Partei den Verdacht des ‚Klerikalismus‘ zu zerstreuen. Sodann machte Pálffy die Mitteilung, dass ihn der ebenfalls im Untergrund lebende Professor Gyula Szekfű, der bekannte Historiker beauftragt bekanntzugeben, dass obwohl er sich auch zukünftig keiner politischen Partei anzuschließen beabsichtigt, sich aber mit den Ideen und Zielsetzungen der christlichsozialen Demokratie identifiziert.“<sup>26</sup>

Schon gelegentlich der Parteigründung stellte es sich heraus, dass nicht die „Begründer“ die Christdemokratie in Ungarn bedeuten, sondern jene, die gezwungen waren sich in die Illegalität zurückzuziehen. Eine possible christlich-demokratische Partei hätte – sofern eine solche die historischen Bedingungen begünstigt hätten – nach der Befreiung ausschliesslich unter ihrer Führung und unter dem Einfluss ihrer Ideen mit Aussicht eines Erfolges die politische Arena betreten können.



#### 4. Barankovics und die Christdemokratie im Jahr 1945

Im letzten Abschnitt des zweiten Weltkrieges, beziehungsweise unmittelbar nach Kriegsende entstanden in den einzelnen Ländern Europas im Zeichen der antifaschistisch-demokratischen Erneuerungspolitik die christlich-demokratischen Parteien und nahmen ein Massenausmass an. Auch die ungarische Christdemokratie müssen wir als einen Teil der allgemeinen christlichen politischen Bewegungen betrachten, obzwar sie sich von diesen in zahlreichen spezifischen Zügen unterschieden hat. Die ungarische Christdemokratie ist infolge der heimischen Verhältnisse bereits ein verspätetes Phänomen im politischen Leben; im allgemeinen aber war sie – auch wegen ihrer inneren Widersprüche – bedeutungsloser als die mit ihr verwandten westeuropäischen christlichen Parteien.<sup>27</sup>

Die Organisierung der ungarischen christlich-demokratischen Partei war am engsten mit der den meisten sozialen Geist aufweisenden KALOT verbunden. „Die KALOT hegte schon von Beginn an den Plan eine politische Partei ins Leben zu rufen. Unsere Absicht war – schreibt ein Jesuitenpater – sowohl in zentraler wie auch in örtlicher Relation eine politische Führungsgarde heranzubilden und in den Massen der Dorfbewohner den Anspruch auf eine Partei zu schaffen, deren Programm mit unseren Zielsetzungen identisch ist. Wir warteten nur auf den entsprechenden Augenblick um diese politische Bewegung hervorspringen zu lassen.“<sup>28</sup> Dieser rückte um die Jahreswende 1944–45 heran.

Sowohl der Vatikan wie auch das ungarische Episkopat drängten im Frühjahr 1945 auf die Gründung einer ausgesprochen katholischen Partei in Ungarn. Der Esztergomer Domherr Antal Lepold meldete aus dem Vatikan, dass „Rom gegen die Tätigkeit katholischer Parteien nichts einzuwenden hat. . . Auch die kommunistischen Parteien kräftigten sich. Demnach erscheint es für wünschenswert, dass neben den kommunistischen Parteien auch eine ausgesprochen katholische Partei stehe. . .“<sup>29</sup> Im März 1945 urgierte der Uditore des Budapester Nuntius G. Verolino „kräftigst die Gründung einer katholischen Parteiorganisation in Ungarn. Es wäre eine Schande, dass wo die Katholiken in jedem europäischen Land eine politische, öffentliche Machtorganisation haben, dies gerade im Lande des Heiligen Stephans nicht der Fall wäre.“<sup>30</sup>

Die neue christlich-demokratische Partei rechnete daher mit Recht auf die Unterstützung der Kirche. Um ihr Zustandebringen bemühten sich ausser den weltlichen Katholiken die jesuitischen und zisterzienser Ordensbrüder. Nach der Befreiung von Buda hielt die Leitung der Christlich-Demokratischen Volkspartei am 27. Februar 1945 eine Sitzung ab, teils um sich mit den bis dahin in Illegalität Lebenden zu ergänzen, teils um über die weiteren Aufgaben zu entscheiden. Der engere Generalstab der Christlich-Demokratischen Volkspartei bestand aus drei Jesuiten: Jenő Kerkai, Landesvorsitzender der KALOT, Tőhötöm Nagy, Generalsekretär der KALOT und József Jánosi, der über ausgezeichnete vatikanische und angelsächsische, beziehungsweise sowjetische Beziehungen verfügte. Zu ihnen gesellten sich von den weltlichen Katholiken Professor Gyula Szekfű,



der Ehrenvorsitzender der Partei, in Wirklichkeit aber der Ideologe und Ausarbeiter Nummer Eins der christlich-demokratischen Politik war. Neben ihm spielten der Vorsitzende der Partei Graf József Pálffy und der Parteianwalt László Varga eine Rolle. Zu dieser Zeit kam es zur tatsächlichen Einbeziehung István Barankovics' in den Parteivorstand. Barankovics, der gute Beziehungen zur Linken – auch die Kommunisten und die sowjetischen Behörden mit inbegriffen – hatte, war hinsichtlich der Genehmigung der Christlich-Demokratischen Volkspartei unentbehrlich. Der Verwaltungsausschuss wählte ihn deshalb zum Generalsekretär der Partei.<sup>31</sup>

Das erste Programm der Partei wurde bereits im Januar 1945 in Debrecen veröffentlicht. Dieses war im wesentlichen die Schaffung eines auf christlich-ethischen Prinzipien beruhenden demokratischen Staates. Dem Wesen nach stellten sie der volksdemokratischen Konzeption der Linksparteien eine mit sozialer Gerechtigkeit ergänzte Variante der parlamentarischen, bürgerlichen Demokratie gegenüber.<sup>32</sup> Nun beschloss der Vorstand den demokratischen Koalitionsparteien die Mitarbeit anzubieten. Das primäre Ziel war den antifaschistischen und demokratischen Charakter der Christlich-Demokratischen Volkspartei anerkennen zu lassen und um deren Aufnahme in das Nationalkomitee anzusuchen.

Im Frühjahr 1945 geriet jedoch die heimische Christdemokratie in eine widersprüchliche Lage. Die Sowjettruppen und die neue demokratische Macht rechneten im Interesse von Ordnung und Ruhe auf die Kirche. Pfarrer wurden nicht zur Arbeit herangezogen, die Gottesdienste wurden nicht gestört, einige Stadtkommandanten machten auch beim Bischof ihre Aufwartung. Gleichzeitig wurde die christliche Partei, die auf den Einfluss der katholischen Kirche und ihrer Organisationen gebaut hatte, nicht anerkannt, der Einlass in den „Wall der Verfassung“ wurde ihr verwehrt. Das Budapester Nationalkomitee wies am 18. April 1945 die Aufnahme der Christlich-Demokratischen Volkspartei ab, da es in ihr die Wiederbelebung des konservativreaktionären politischen Katholizismus der Vorkriegszeit erblickte.<sup>33</sup>

Nach der Abweisung stellte Barankovics ernste Versuche an um die Partei demokratisch zu gestalten. Dieser Prozess führte schliesslich zur Spaltung der Christlich-Demokratischen Volkspartei und zur Emanzipation der demokratischen Richtung von der Hierarchie. Die Gegensätze innerhalb der Demokratischen Volkspartei – teils die Streitigkeiten persönlicher Natur zwischen Barankovics und Pálffy, teils die abweichende politische Linienführung bei Beurteilung der Vergangenheit und der Suche nach einem *modus vivendi* – wurden am 24. Mai 1945 der Episkopatskonferenz vorgelegt. Das Episkopat nahm auch offiziell für die konservative Pálffy-Gruppe Stellung, Barankovics und seine Gesinnungsgenossen grenzten sich hingegen von dieser retrograden Richtung ab.<sup>34</sup> (Aus der Bezeichnung der Partei entfiel im Sommer 1945 das Attribut „Christlich“.)

Barankovics war bereit die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und sich in die Arbeit des demokratischen Wiederaufbaus einzuschalten. Er erkannte es, dass ein neues Programm notwendig ist, mit dem man die



sich der Volksdemokratie angeschlossenen gläubigen Massen gewinnen könnte. Doch ohne eine – zumindest stillschweigende – Genehmigung der Hierarchie konnte keine einzige Partei auf das Attribut „katholisch“, was für sie die Unterstützung der Gläubigen gesichert hätte, Anspruch erheben. Dieser Widerspruch führte im Herbst 1945 zur Spaltung der heimischen christlich-demokratischen Partei und zu ihrer vorübergehenden Niederlage.

Im Sinne des G. A. VIII vom Jahr 1945 musste jede Partei, die der regierenden Koalition nicht angehörte, von dem Landes-Nationalkomitee die Bewilligung zur Teilnahme an den Nationalratswahlen einholen. Dieses Organ befasste sich am 17. September mit den Ansuchen. Die Spaltung der Demokratischen Volkspartei zeigte der Umstand an, dass unter dieser Bezeichnung zwei Ansuchen eingelaufen sind. Das eine reichte István Barankovics, das andere Graf József Pálffy ein. Das Nationalkomitee erteilte Barankovics die Bewilligung, weil persönlich sowohl er wie auch die um ihn versammelten fortschrittlichen, antifaschistischen Katholiken für aufrichtiger demokratisch erscheinen als der unter der Führung der Hierarchie stehende und die Kontinuität des politischen Katholizismus vertretende Pálffy. (Angeblich erhielt Barankovics die Bewilligung ausdrücklich auf Intervention Gyula Szekfűs, der damals schon zum Gesandten in Moskau ausersehen war.<sup>35</sup> Das selbständige Erscheinen des linken Flügels der Demokratischen Volkspartei ermöglichte es zugleich, dass die konservative katholische Partei aus dem politischen Leben ausgeschlossen werde.

Die Anerkennung der Partei Barankovics' demokratischerseits löste bei einem beträchtlichen Teil der katholischen kirchlichen Führung Unwillen aus. Die weiter Blickenden, die mit der neuen demokratischen Macht eine friedliche Koexistenz suchten, wollten diese fortschrittliche katholische Politik auch vom Vatikan anerkennen lassen. Im Herbst 1945 berichtete der Jesuitenpater Töhötöm Nagy aus Rom: „Am 13. November trafen in Rom drei ungarische Zisterzienserin, und diese trugen hier die Geschichte der Demokratischen Volkspartei in der Weise vor, dass das Nationalkomitee statt dem Grafen József Pálffy einem ‚Niemand‘, einem gewissen Barankovics die Bewilligung erteilt hat. Hierauf bemerkten die Amerikaner: ‚In unserer Kartothek ist Barankovics als ein sehr begabter Mann registriert, hinter dem Pálffy weit zurückbleibt‘ – wenn nunmehr Barankovics neben Pálffy der ‚Niemand‘ ist, beruht diese Beurteilung offenbar darin, dass er nicht als Graf geboren wurde.“<sup>36</sup>

Der Demokratischen Volkspartei blieb kaum noch Zeit für die Wahlvorbereitungen. Barankovics begann seine Programmrede am 25. September 1945 damit, dass die Demokratische Volkspartei keine Vergangenheit hat, auch ihre Gegenwart weist nicht viel Möglichkeiten auf, es steht ihr aber eine grosse Zukunft bevor: die Verwirklichung der Christdemokratie. Im Interesse dessen „müssen wir einerseits den scheinchristlichen politischen Gedanken und dessen Erbe entschieden und unmissverständlich liquidieren, andererseits jene Demokratie klar darlegen, in der wir unser Ideal erblicken.“<sup>37</sup> Das Programm der hier formulierten kleinbürgerlichen Demokratie zeigt, dass die Christdemokratie Barankovics' nicht die Partei der katholi-



schen Kirche war und auch nicht zu einer solchen werden wollte. Er wollte jedoch keinen offenen Kampf mit der Kirche, selbst mit der konservativen Hierarchie nicht. Die Zuhörer empfingen das Debüt Barankovics' als Parteiführer mit Beifall. Immerhin war das Programm des Generalsekretärs eher eine vorzügliche Studie als eine Wahlwerberede.

Die Demokratische Volkspartei und István Barankovics nahmen schliesslich an den Nationalratswahlen im November 1945 doch nicht teil. Die Kirchenführung — an ihrer Spitze der Erzbischof von Esztergom, Fürstprimas József Mindszenty — erblickte in der Teilnahme einer katholischen Oppositionspartei die Störung der bürgerlichen Einheit, daher verwarf sie die früheren Vorstellungen hinsichtlich der Gründung einer neuen Partei und nahm für die Unterstützung der Unabhängigen Kleinlandwirtpartei Stellung. Ein Teil der möglichen Kandidaten der Demokratischen Volkspartei nahm auf der Liste dieser Partei an den Wahlen teil.<sup>38</sup>

Bekanntlich ging aus den Wahlen die Unabhängige Kleinlandwirtpartei mit absoluter Mehrheit hervor. So verblieben auch die gewesenen christlich-demokratischen Abgeordneten lieber hier. Von ihnen erklärten in der Sitzung des Nationalrates vom 6. Dezember 1945 nur Sándor Eckhardt und Sándor Bálint — beide gelehrte Professoren — dass sie ihre gesetzgebende Tätigkeit als Mitglieder der Demokratischen Volkspartei fortzusetzen wünschen.<sup>39</sup> (Die aus zwei Mitgliedern bestehende Fraktion verhielt sich im Laufe der Jahre 1946–47 ziemlich passiv in den Parlamentsdebatten; in den wichtigsten Fragen vertraten sie die Politik Barankovics'.)

### 5. Der Zweikampf Barankovics und Mindszenty

Von den politischen Anschauungen István Barankovics' zeugt konkreter als das Parteiprogramm das Interview, welches am 26. Januar 1946 — als das republikanische Gesetz auf die Tagesordnung kam — im ungarischen Blatt der Sowjetarmee Új Szó (Neues Wort) erschienen war und das ein mächtiges Echo ausgelöst hat. Den Ort und Inhalt der Deklaration haben Mindszenty und seine Anhänger Barankovics niemals verziehen.

Die erste Frage lautete, was der Standpunkt der Partei in der Frage der Staatsform sei? Laut Barankovics „ist die christliche Staatsidee, deren Verwirklichung in ungarischer Form unser Parteiprogramm ist, in der Republik genauso möglich wie in der Monarchie. Die christliche Staatsidee kann und darf weder mit dem Königreich, noch mit dem Legitimus identifiziert werden... Wir sind davon überzeugt, dass offenbar auch die Anhänger der monarchistischen Staatsform damit im klaren sind, dass diese Staatsform nicht realisierbar ist; für eine Republik hingegen sprechen sowohl innen- wie auch aussenpolitische Interessen. Unsere Partei hätte es für richtiger gehalten, wenn sich die Regierung für ein Plebiszit entschlossen hätte... Im übrigen zweifeln wir nicht an einer Votierung der Republik.“<sup>40</sup> Aus der Erklärung Barankovics' geht hervor, dass er sich für eine Republik entschieden hat und auch jenen Vorschlag Mindszentsys nicht akzeptierte, wonach die Frage der Staatsform von der Ta-



gesordnung genommen werde. Das Aufwerfen einer Volksabstimmung aber erfuhr in der Praxis der Geschwisterparteien seine Bestätigung: wenige Monate später betrieb z. B. auch die italienische Democrazia Cristiana eine solche.

Die zweite Frage des Blattes Új Szó war, was seine Meinung über die Aussiedelung der Schwaben ist? Seine Antwort ist schon deshalb interessant, weil der Fürstprimas in dieser Frage wiederholt seine verwahrende Stimme erhoben hat. Barankovics ging davon aus, dass „die Aussiedelung der Schwaben keine ausschliesslich ungarische interne Angelegenheit ist, da diesbezüglich internationale Beschlüsse bestimmen. Die Aussiedelung bezieht sich nicht auf jeden Schwaben, das Kriterium der Aussiedelung ist demnach nicht die Nationalität, sondern der Nazismus... Das ungarische Volk war immer von einer Geduld gegenüber den Nationalitäten gekennzeichnet, es wird auch jetzt nicht von einem Nationalitätenhass geleitet. Doch kann auch die Gerechtigkeit jenes Standpunktes nicht bestritten werden, wonach jene Schwaben, die sich nicht nur zur deutschen Muttersprache und deutschen Nationalität bekannt haben sondern zugunsten des Nazireiches optierten und die Ungarn in das Hitlerreich ‚einsiedeln‘ wollten, jetzt ausgesiedelt werden müssen. Diese haben die Menschlichkeit ebenso verraten wie den ungarischen Staat. Jene Schwaben hingegen, die der Menschlichkeit und dem ungarischen Staat auch zur Zeit der Verlockung und Drohung treu waren, bleiben gleichrangige Bürger des ungarischen Staates. Im Sinne dessen ist es unbestreitbar, dass die Aussiedelung der Schwaben auch ein Nationalinteresse darstellt.“

Während Mindszenty die Aussiedelung im allgemeinen missbilligte, war Barankovics — der von seiner frühen Jugend an voreingenommen deutschfeindlicher Einstellung war — mit deren ursprünglichen Prinzipien im Grunde genommen einverstanden. Aber während Mindszenty auch tatsächlich Verantwortliche zu retten versuchte, liess Barankovics in diesem Forum — verständlicherweise — keine kritische Bemerkung über die sehr problematische Beschaffenheit der kollektiven Verantwortung und darüber fallen, dass die Aussiedelungen in der Praxis auch eine Menge Unschuldiger getroffen hat.

Unter den Errungenschaften der Demokratie war vielleicht die wichtigste die demokratische Bodenreform. Auch das Blatt Új Szó richtete die Frage an Barankovics, was sein Standpunkt bezüglich der Bodenreform ist? (Dem verlieh der Angriff der gewesenen Besitzer gegen die Neubauern Aktualität, da auch die Forderung hinsichtlich der Unterziehung der Reform einer Revision aufgeworfen wurde.) „Die Liquidierung des Grossgrundbesitzes und die Aufteilung des Bodens an die Bauernschaft im Jahr 1945 — stellte der Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei fest — war eine revolutionäre Handlung. Die radikale Bodenreform war seit Jahrzehnten nicht allein eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch ein unbestreitbares Erfordernis einer gesunden gesellschaftlichen und politischen Entwicklung; darüber hinaus reifte sie zu einer wahren Volksidee, die man in ihrem Vordringen länger nicht mehr behindern hätte können... Die Bauernschaft erhielt den Boden. Das gilt als Tatsache.



Dass sie fest und unwegrückbar auf diesem verbleibe – das ist die weitere Aufgabe. Jeder offenen oder hinterlistigen Absicht, die das Geschehene rückgängig machen und das System des Grossgrundbesitzes zurück-schmuggeln will, setzen wir uns offen und entschieden entgegen. Wir erblicken die stärkste und breiteste Basis der ungarischen Demokratie in den unabhängigen, kräftigen und selbstbewussten Bauernexistenzen.“

Barankovics anerkannte die Rechtmässigkeit und Gültigkeit der auf revolutionärem Wege durchgeführten demokratischen Bodenreform. Er distanzierte sich von deren Revision und bejahte perspektivisch sogar die Genossenschafts- und Planwirtschaft. Entgegen Mindszenty und den Kirchenfürsten, die über Grossgrundbesitze verfügt haben, erkannte er richtig, dass in Ungarn die Basis der christlichen Demokratie und der Kirche, nur eine in ihrem Glauben feste, wirtschaftlich selbständige, besitzende Bauernschaft sein kann.

Der Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei kam im Blatt der Roten Armee auch darum zu Wort, weil er im katholischen Lager zu jenen wenigen gehörte, die die geschichtlichen Realitäten zur Kenntnis nahmen und aufrichtige Anhänger eines guten sowjetisch-ungarischen Verhältnisses waren. Auf die Frage, wie er die sowjetisch-ungarischen Beziehungen sehe, erklärte Barankovics: „Wir sind bestrebt unsere grundlegenden nationalen Interessen und Aspirationen in die harmonischen Interessen der das Schicksal der Welt lenkenden grossen Verbündeten einzugliedern. Die Grundlagen des sowjetisch-ungarischen Verhältnisses bestimmen Tatsachen. Die wichtigsten dieser Tatsachen sind die folgenden zwischen der Sowjetunion und Ungarn tauchte kein realpolitischer Gegensatz auf, es erklärte demnach eine verbrecherische Clique ohne gerechtfertigten Grund der Sowjetunion den Krieg; wir erhielten den Waffenstillstand unmittelbar auf Entschliessung der Sowjetunion; die Sowjetarmee vertreib aus unserem Land die Heere Hitlers; die Truppen der Sowjetunion halten sich in unserem Land auf; die siegreiche Sowjetunion wurde mit ihren fast zweihundert Millionen Einwohnern zum Nachbarn des besiegten, kleinen Ungarns; in der Friedenskonferenz erhebt nun die Sowjetunion, als siegreiche Weltmacht, ihre Stimme hinsichtlich der Bestimmung unseres Schicksals... Im Interesse der äusseren Unabhängigkeit und der inneren Freiheit unseres Landes müssen wir alles daransetzen um das sowjetisch-ungarische Verhältnis auf der festen Grundlage des gegenseitigen Einverständnisses und des gegenseitigen Vertrauens aufzubauen.“

Vielleicht entsteht gerade in dieser Frage die tiefste Kluft zwischen der in die Katastrophe stürmenden Sowjetfeindschaft Mindszenty und Barankovics, der sich die Gestaltung der sowjetisch-ungarischen Beziehungen dem finnischen Beispiel ähnlich vorstellte.

Barankovics strebte eine Vereinbarung und Zusammenarbeit mit der Volksdemokratie an, weil er der Meinung war, dass in dieser auch die fortschrittliche katholische Politik ihren Platz habe und haben wird. (Demgegenüber stellte Mindszenty die Konfrontation in den Vordergrund, weil er einem baldigen Sturz des Systems vertraute.) Dessen Schlüsselfrage aber war die Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche.



Barankovics setzte zwecks Förderung der Vereinbarung auch seine persönlichen Beziehungen ein. Seit Juni 1946 trafen sich Barankovics und Mátyás Rákosi, der Führer der kommunistischen Partei, wiederholt. Diese Besprechungen standen im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen Staat und Kirche sowie mit dem Schicksal der katholischen Vereine. Die Aufnahme der Beziehungen mit den Kommunisten war auch dadurch möglich, dass sowohl Rákosi wie auch Barankovics die feindselige Politik des Kardinals Mindszenty missbilligten. Sie waren sich darin einig, dass das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ohne ihn leichter geregelt werden könnte. (Barankovics verehrte übrigens Rákosi, er hielt ihn für einen guten Politiker und grossen Taktiker. Er enttäuschte sich erst Ende 1948, als es sich herausstellte, dass der Parteiführer niemanden neben sich duldet.) Barankovics vermochte die Auflösung der katholischen Vereine nicht zu verhindern: im Sommer 1946 löste der Innenminister — mit wenigen Ausnahmen — sämtliche katholischen gesellschaftlichen Vereine auf. Damit versetzten sie nicht allein dem Einfluss der Kirche, sondern auch einer potentiellen Massenbasis der christlich-demokratischen Partei einen schweren Schlag. (Er konnte nur so viel erreichen, dass die gleichfalls aufgelöste KALOT unter der Bezeichnung Katolikus Parasztifjúsági Szövetség (Verband der Katholischen Bauernjugend) — nach Beiseitstellung der Jesuiten — weiter vegetieren durfte.)<sup>41</sup>

Im Zusammenhang mit der Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat hielt Barankovics auch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehung zwischen Ungarn und dem Vatikan für erforderlich. (Der Budapester Nuntius wurde — auf sowjetische Forderung — am 4. April 1945 ausgewiesen.) Mit Unterstützung von Gyula Szekfű, der damals schon Ungarns Gesandte in Moskau war, verhandelte Barankovics, zusammen mit den beiden Jesuitenpatres József Jánosi und Töhötöm Nagy, mit den sowjetischen Behörden wiederholt über die Beziehungen zum Vatikan, die Lage der katholischen Kirche, die Ausgleiche der Politik Mindszents usw.<sup>42</sup>

Das Verhältnis des Generalsekretärs der Demokratischen Volkspartei und dem Fürstprimas hat sich bis dahin schon irreparabel verschlechtert. Mindszenty hegte von Beginn an eine fast irrationale Antipathie gegenüber Barankovics. Dies findet im unterschiedlichen, ja antagonistischen Wesen des asketischen und trockenen Kirchenfürsten einerseits und des korpulenten, lebenslustigen, stets lächelnden Parteiführer andererseits nur zum Teil seine Erklärung. Seitens Mindszenty wurden verschiedene Anschuldigungen gegenüber Barankovics laut (die sein Privatleben genauso betrafen wie seine politischen Beziehungen), aber in Esztergom bot man ihm nicht die Gelegenheit sich zu rechtfertigen. Neben den persönlichen Motiven ist es offensichtlich, dass es Mindszenty einfach nicht ertragen konnte, dass ihm jemand in der christlichen Politik widersprache, ja sogar seine Vorstellungen kreuzte.<sup>43</sup>

Im August 1946 behandelte auch schon die Presse offen die Gegensätze der von Gyula Szekfű — István Barankovics — József Jánosi S. J. geleiteten fortschrittlichen katholischen Gruppe und der sich um Primas



Mindszenty versammelten kirchlichen Reaktion. In der Streitfrage war sich auch das Episkopat nicht einig. Die Opposition der Kirchenfürsten gegenüber Mindszenty führte József Grósz, Erzbischof von Kalocsa und dieser Gruppe schloss sich auch Miklós Dudás, Bischof von Hajdudorog, sodann später auch der Bischof von Csanád, Endre Hamvas und der Erzbischof von Eger, Gyula Czapik an. Gegenüber der Politik Mindszentys gewannen aber Barankovics und seine Anhänger auch das Vertrauen der Demokratie nicht. Sie konnten es seit Herbst 1945 nicht erreichen ein politisches Blatt zu bekommen. Die Kräfte der Volksdemokratie blickten misstrauisch auf die sich als christlich bezeichnende Partei, indem sie diese nicht für aufrichtig demokratisch fanden.<sup>44</sup> Tatsächlich aber fürchteten sie sich eher davor, dass sie sich zur Partei der religiösen Massen entwickeln und dadurch zum ernststen Gegner der Volksdemokratie werden könnte.

#### *6. Sieg Barankovics' und der christlichen Demokratie bei den Wahlen vom Jahr 1947*

Im Frühjahr 1947 befassten sich auch Kardinal Mindszenty und einige Führer der in mehrere Fraktionen zerfallenen Unabhängigen Kleinlandwirtpartei mit dem Zustandbringen einer neuen christlichen Partei. Auch die Wiederaktivisierung der Demokratischen Volkspartei dürfte damit im Zusammenhang gewesen sein. Im März 1947 begannen die sich der Demokratischen Volkspartei angeschlossenen gewesenen Abgeordneten der Kleinlandwirtpartei die Barankovics-Partei wiederzubeleben. Vor den Parlamentswahlen am 31. August 1947 wurden Versuche zwecks Fusion des katholischen Flügels der Kleinlandwirtpartei und der Demokratischen Volkspartei unternommen. Beim Dominikanerprior Bertalan Badalik (der später Bischof von Veszprém wurde) führten dieser Angelegenheit der Zisterzienserklosterabt von Zirc, Vendel Endrédy, seitens der Demokratischen Volkspartei István Barankovics, Professor Sándor Eckhardt und Barankovics' Sekretär und Vertrauter, Sándor Keresztes Verhandlungen. Die Kleinlandwirtpartei wurde durch den Abgeordneten Viktor Perr und den aus der Partei schon früher ausgetretenen Journalisten, den Linkskatholiken György Parragi vertreten. Die Vermittlung in Richtung Esztergom unternahm der Pfarrer von Budafok, Propst Lajos Metzgar, der hingegen ein Vertrauter Mindszentys war. Der Primas fasste die Bedingungen, unter denen sich die Kirche hinter die Demokratische Volkspartei stellen würde, in sechs Punkten zusammen. Diese richteten sich zum Grossteil gegen Barankovics. Er forderte unter anderem, dass sich Barankovics vom Amt des Generalsekretärs zurückziehe; das Parteiorgan Hazánk (Unser Vaterland) von den Leuten des Primas redigiert werde, ferner dass 60% der Parteileitung von Mindszenty nominiert werde und die Bestellung eines kirchlichen „Ratgebers“ neben die Partei. Die schwierigste Bedingung aber war, dass die Demokratische Volkspartei in allen Fragen, welche die Kirchenpolitik und die Weltanschauung auch nur vom fernsten berühren, der Lenkung des Episkopats zu folgen hat: das heisst,



dass sie sich völlig der Hierarchie unterordne. Diese Bedingungen waren für die Christdemokraten unannehmbar.<sup>45</sup>

Die Vereinbarung kam nicht zustande und Barankovics war auch dazu nicht bereit mit einer anderen Oppositionspartei ein Wahlbündnis zu schliessen. Demzufolge stellte das Episkopat in seiner Konferenz am 25. Juli 1947 fest, dass sich die Kirche „einer ausdrücklichen Unterstützung jedweder Partei enthalten werde.“<sup>46</sup> An die Dechanten aber erging die vertrauliche Anweisung, je nach den örtlichen Verhältnissen, die eine oder andere bürgerliche Partei zu unterstützen. Auf der Rangliste nahm die Demokratische Volkspartei den nicht gerade schmeichelnden 3. Platz ein. Dessen ungeachtet stellte sich der lokale Klerus im Wahlkampf an die Seite der Christdemokraten, die auf diese Weise nicht allein die Unterstützung der kirchlichen Organisationen genossen haben, sondern auch das Vertrauen der gewesenen Mitgliedschaft der aufgelösten katholischen Vereine.

Wenn die zwischenparteiliche Vereinbarung auch nicht zustandekam, gelang es der Demokratischen Volkspartei doch die katholische Linie der Kleinlandwirtpartei in sich einzuschmelzen. In Transdanubien zerfielen aufgrund ihrer Tätigkeit, fast von Komitat, zu Komitat, von Stadt zu Land fortschreitend die Organisationen der Kleinlandwirtpartei. Die örtlichen Aktivisten der Partei aber waren hauptsächlich gewesene Leiter der KALOT.<sup>47</sup>

Der Parteiführer hielt seine Wahlprogrammrede am 10. August 1947 in Győr. Barankovics bot ein typisch christlich-demokratisches Programm: er formulierte überhalb der Klassen stehende Ziele, zu denen sich fast sämtliche Klassen und Schichten der Gesellschaft bekennen konnten. Der kohärente Faktor war die Erhaltung der religiös-sittlichen Grundlage in einer Gesellschaft der Kleineigentümer. Barankovics wies nicht die Demokratie ab, sondern die Entwicklung der Volksdemokratie zum Sozialismus, und brachte damit die Bestrebungen der Schichten und Klassen des Kleineigentums, der gläubigen Staatsbürger christlicher Weltanschauung zum Ausdruck, die vorerst die seitens der marxistischen Parteien angebotene Alternative (den Sozialismus) nicht anzunehmen vermochten, weil ihrer realen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lage die bürgerliche Demokratie besser entsprach.<sup>48</sup>

Die Wahlen vom Jahr 1947 gingen in einer geänderten internationalen Lage vor sich. Nach Auflösung der antifaschistischen Einheitsfront wurde in der Welt die Frage „wer wen besiegt?“ auf die Tagesordnung gesetzt. Im Westen wurden die Kommunisten unter Führung der christlich-demokratischen Parteien aus der Macht verdrängt. In Osteuropa kam es allein in Ungarn zu einer neueren parlamentarischen Kraftprobe, wobei für Rákosi und seine Anhänger die Wahrung des demokratischen Anscheins ein wichtiger Gesichtspunkt war. (Gleichzeitig aber setzten sie alles daran um die Opposition zu zersplittern). Barankovics schaute mit wenig Hoffnung den Wahlen entgegen. Er war der Meinung, dass sie eine ziffernmässig kleine „Qualitätspartei“ der Christdemokraten bleiben, gleichsam eine Spitzenmannschaft der katholischen Intelligenz.



Aus den Parlamentswahlen 1947 kam als stärkste Partei die Ungarische Kommunistische Partei hervor, die mit 1.113.150 Stimmen 100 Mandate erhielt. Zur zweitstärksten Partei wurde – zur allgemeinen Überraschung – die Demokratische Volkspartei, die 820.453 Stimmen und 60 Mandate erhielt. Die Partei erlangte in den Komitaten Vas und Zala die absolute Mehrheit. Ihre grössten Erfolge erzielte sie im westlichen Transdanubien, in Nordungarn und in Barankovics' Heimat, im Komitat Szabolcs.<sup>49</sup> Was ihre gesellschaftliche Basis betrifft, war sie eine dörfliche Bauernpartei, 75% ihrer Stimmen erhielt sie aus diesem Kreis. Der Generalsekretär der Partei, István Barankovics, kam allein zu sechs Mandaten, von denen er das von Győr behielt. Die Hälfte der Abgeordneten waren Intellektuelle (darunter 15 Doktores), die andere Hälfte waren Bauern.<sup>50</sup>

Nach dem unterwarteten Erfolg war die Sorge Barankovics' und seiner Mitarbeiter nicht allein die, als Abgeordnete Leute von entsprechenden Niveau zu finden, sondern auch die Tatsache des gesteigerten Einflusses: Barankovics hörte mit bleichem Gesicht die einlaufenden Wahlergebnisse, da er es geradewegs für eine Tragödie gehalten hätte, wenn aus der Kraftprobe unter den gegebenen Umständen die Demokratische Volkspartei und die Opposition siegreich hervorgegangen wären.<sup>51</sup> Auch vor der Öffentlichkeit beurteilte er den Erfolg mit grosser Selbstbeherrschung: „Der Erfolg . . . erfordert nicht nur von den Führern, sondern auch von den Geführten ausserordentliche Mässigung, Selbstbeherrschung, Umsicht und erwägende Weisheit, Achtung der Wirklichkeit, von der Politik aber Fernhaltung der Leidenschaften.“<sup>52</sup> „Er war sich dessen im klaren, dass es ein sehr aussichtsloses Beginnen wäre, gegenüber einer im Besitz der absoluten Mehrheit regierenden Koalition die Versprechen aus der Opposition zu erfüllen.“

Unmittelbar nach den Wahlen tauchte auch unter den Führern der kommunistischen Partei der Gedanke auf, die Demokratische Volkspartei in die Koalition einzubeziehen, falls die Sozialdemokratische Partei sich dauernd zögern würde an dieser teilzunehmen. (Diese Möglichkeit bezweckte seitens Rákosis eher die Koalitionspartner mürbe zu machen). Ein etwaiger Eintritt in die Koalition hätte damals schon zum offenen Bruch zwischen der Christdemokratie und Mindszenty geführt. Barankovics aber war sich dessen im klaren, dass eine offene Konfrontation zwischen ihnen das Wasser auf die Mühle der Linken treiben würde. Seitens der Linken hingegen wäre eine Aufnahme des offenen Kampfes die Bedingung für die Eingliederung der Demokratischen Volkspartei gewesen. Barankovics versuchte der Linken gegenüber in der Weise possible zu bleiben, dass er den in das Salvenfeuer der Angriffe geratenden Fürstprimas nicht verleugnete, obwohl er mit dessen Forderung der Standhaftigkeit, ja selbst des Martyriums bei weiten nicht einverstanden war.

Vor Eröffnung des Parlaments hielt die Abgeordnetengruppe der Demokratischen Volkspartei zwischen dem 12. und 14. September am Balaton eine Konferenz ab, in der das oppositionelle Verhalten beschlossen wurde. In der Frage der zu verfolgenden Politik gestalteten sich schon hier drei Fraktionen. Die von Barankovics geleitete fortschrittliche Intelli-



genz und die gewesenen Mitglieder der KALOT sprachen sich für ein gemässigttes oppositionelles Verhalten und Toleranz aus. (Hierher gehörten Sándor Eckhardt, Sándor Bálint, der Dichter György Rónay, der Sekretär der Parlamentsfraktion Sándor Keresztes und die gewesenen KALOT-Führer György Farkas und József Ugrin). Ihnen gegenüber wollten das gewesene Mitglied der Kleinlandwirtepartei Ferenc Matheovits und Konsorten (Lajos Pócza, Lajos Hajdu – Németh und andere) ohne Vorbehalt der Linienführung Mindszentys folgen und urgieren eine intransigente Opposition. Die in der Mitte stehende ratlose Mehrheit reihte sich hinter den Parteidirektor György Eszterhás und László Varga, den Anwalt der Partei.<sup>53</sup> In den Mitte Oktober neugewählten leitenden Organen der Demokratischen Volkspartei wurde die Stelle des Vorsitzenden auch weiterhin nicht besetzt. Die Gruppe des die Partei als Generalsekretär leitenden Barankovics' verschaffte sich die wichtigsten Positionen.

### *7. Die christlich-demokratische Opposition und deren Liquidierung*

In dem im September 1947 zusammengetretenen Parlament war die grösste Oppositionspartei die der Christdemokraten. Barankovics selbst war Mitglied des politischen, auswärtigen und finanziellen Ausschusses des Parlaments.<sup>54</sup> Die Tätigkeit der Partei beschränkte sich nach den Wahlen fast ausschliesslich auf das Parlament.

István Barankovics hielt seine „Jungfernrede“ im Parlament am 7. Oktober 1947 in der Debatte über das Programm der Regierung Dinnyés. Seine Rede war eine besonnene, gemässigte Manifestation, die den gegebenen politischen Verhältnissen entsprochen hat. Seiner Ansicht nach bestimmen die innere Lage des Landes die im Friedensvertrag festgelegten Beschränkungen. An diesen aussenpolitischen Tatsachen können aber die inneren Kräfte nichts ändern. Er rechnete mit der – früher auch seinerseits bekannten – Illusion ab, wonach die Rolle des Ungartums die sei, eine Brücke zwischen Ost und West zu bilden. Was die Wirtschaftspolitik der Regierung betrifft, erklärte sich Barankovics mit den Verstaatlichungen prinzipiell einverstanden (z. B. die schon früher angekündigte Übernahme der Grossbanken und Bauxitgruben in das Eigentum des Staates), sofern diese den menschlichen Persönlichkeitsrechten und der Freiheit keine Schranken setzen. Diese Grundsätze illustrierte er mit den sozialen Enzykliken und bezeichnete sein Programm als „Evangeliensozialismus“. Sein Ideal war eine Gesellschaft, in der das Eigentum nicht wenigen oder dem Staat gehört, sondern jedem; jedermann hat so viel Privateigentum, von dem er leben kann. Zugleich bejaht er die Sozialisierung der Grossbetriebe, die nicht mehr dem Allgemeinwohl dienen.

In der Innenpolitik trat er gegen die Parteiherrschaft auf und forderte die Respektierung der menschlichen Freiheitsrechte, der bürgerlichen Demokratie. Ein wichtiger Teil seiner oppositionellen Programmrede war die Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche im Verhandlungsweg, aufgrund der gegenseitigen Vorteile. Er erklärte, dass sich seine Partei um einen Frieden zwischen Staat und Kirche bemüht, das Recht der Kirche aber Schulen zu errichten stets verteidigen werde.<sup>55</sup> Schliesslich bot er



eine Teilnahme der Demokratischen Volkspartei an der Verantwortung für die Zukunft der Nation an. „Wir glauben an ein Zusammentreffen von Sozialismus, Demokratie und Christentum“ – formulierte István Barankovics seine „Oppositionsstrategie“. Die meisten Abgeordneten der Opposition und der Demokratischen Volkspartei erwarteten jedoch ein entschlosseneres Auftreten: die Programmrede widerspiegelte nämlich das Doppelgesicht der Politik Barankovics', das Lavieren zwischen den Anhängern und den Gegnern der Volksdemokratie.

Dem ist es auch zuzuschreiben, dass sich der Wahlerfolg der Barankovics-Partei als ephemer erwiesen hat. Die eine Ursache war zweifellos der Mangel an einem organisatorischen Aufbau, dem nur zum Teil administrative Hindernisse im Wege standen. (So verloren z. B. die von der Kleinlandwirtpartei übergetretenen Mitglieder des Munizipalausschusses ihr Mandat und konnten dieses nicht in die Demokratische Volkspartei übertragen.) Von seiten der Macht begann sofort nach den Wahlen die „Zerbröckelung“ der Partei. Die aus 60 Abgeordneten bestehende Parlamentsfraktion zerfiel allmählich. Einem Teil der Abgeordneten wurde ihr Mandat entzogen, andere traten freiwillig aus der Partei aus oder legten ihr Mandat nieder, weil sie der einen Modus vivendi suchenden Politik Barankovics' nicht zustimmten, aber auch eine offene Konfrontation nicht auf sich nehmen wollten.

Innerhalb der Partei wurden die Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Richtungen zum Dauerzustand. Barankovics wies eine Petitionierung der Wahl ebenso ab wie einen Protest gegen die Annullierung der Mandate der zweitgrössten Oppositionspartei. Im Parlament stimmten die Christdemokraten nur in dem Fall mit Nein, wenn es sich um das Vertrauen gegenüber der Regierung handelte. Im übrigen bekamen die Abgeordneten entweder freie Hand, oder aber stimmten sie zusammen mit den Regierungsparteien. Barankovics verfolgte also nicht eine Politik der Opposition als Selbstzweck, sondern liess den Weg auch für eine Zusammenarbeit offen. So stimmte z. B. die Barankovics-Gruppe der Partei (etwas mehr als zehn Abgeordnete) im November 1947 – im Gegensatz zur Mehrheit der Partei – mit Ja für die Verstaatlichung der Grossbanken.<sup>56</sup> Anfangs Dezember votierten sie für den Gesetzantrag über die Religionsfreiheit, der die Vorrechte der rezipierten Konfessionen aufhob.<sup>57</sup> Mit Ja stimmten sie für die mit den verschiedenen volksdemokratischen Ländern geschlossenen zwischenstaatlichen Abkommen. Die Annahme des Gesetzantrages über die Verstaatlichung des Bauxitbergbaus und der Aluminiumproduktion wurde nicht zur Parteifrage gemacht, die Barankovics-Gruppe votierte dafür.<sup>58</sup>

Die Debatte über den Staatshaushalt 1947/48 widerspiegelte prägnant die Inkonsistenz der Politik Barankovics'. In der allgemeinen und der Spezialdebatte stimmten sie mit Nein, inzwischen aber taten sie Gesten der Macht gegenüber: sie betonten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in der Realisierung des Dreijahrplans, in dem Wiederaufbau. Der Parteiführer stimmte auch gelegentlich der Approbation mit Nein, wobei er abermals die Möglichkeiten einer Versöhnung zwischen Staat und Kirche suchte.



Die Aktualität dessen war dadurch gegeben, dass im Frühjahr 1948 die — setzen wir hinzu, erfolglosen — Verhandlungen zwischen den Vertretern des katholischen Episkopats und dem Staat begannen. Von den Kirchenfürsten leiteten Erzbischof Czapik und der Veszprémer Bischof László Bánáss seitens der Regierung der stellvertretende Ministerpräsident Mátyás Rákosi die Verhandlungen, an denen als Privatmann auch Barankovics zugegen war. Dies fiel deshalb ins Gewicht, weil er am 1. März in der Parlamentssitzung die betreffenden kirchlichen Faktoren aufforderte eine Geste dem Staat gegenüber zu tun, das heisst die Republik und den demokratischen Staat anzuerkennen.<sup>59</sup>

Anfang März 1948 begrüßte der hauptsächlich aufgrund der persönlichen Entscheidung Barankovics' als Redner der Demokratischen Volkspartei designierte György Farkas den sowjetisch-ungarischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand aufs wärmste und bejahte diesen im Namen der Partei. Hierauf trat der rechte Flügel der Partei unter der Führung von Ferenc Matheovits aus der Demokratischen Volkspartei aus. Barankovics nahm den Abgang der offenen Gegner seiner Verständigungspolitik mit Befriedigung zur Kenntnis, da er damals noch dessen gewiss war, dass weder die Zukunft seiner Partei noch seine eigene auf dem Spiele steht, und dass die Volksdemokratie auch weiterhin eine geklärte Christdemokratie benötigt.<sup>60</sup>

Im Frühjahr 1948 war das noch keine Illusion. Im Januar 1948 tauchte nämlich von seiten der kommunistischen Partei eine Neuorganisierung der Unabhängigen Volksfront als Anspruch einer Zusammenfassung der demokratischen Parteien auf, in der auch István Barankovics und der linke Flügel seiner Partei ihren Platz bekommen hätten. Im März erklärte Rákosi: „Bis zum Herbst werden wir die noch vorhandenen Rechtsparteien (nämlich die ausserhalb der Koalition — JG.) liquidieren. Die Liquidierung wird so vor sich gehen, dass wir einige brauchbare Leute der Barankovics-Partei samt Barankovics in die Kleinlandwirtpartei herüberbringen.“<sup>61</sup> Die Konzeptionen Rákosis übermittelte der Politiker der Kleinlandwirtpartei József Bognár, damals Oberbürgermeister von Budapest an Barankovics, der von dieser Perspektive — verständlicherweise — nicht begeistert war.<sup>62</sup>

Im Juni 1948 vollzog sich — gleichzeitig mit der Schaffung der Diktatur des Proletariats und Liquidierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse — die Isolierung, sodann die Liquidierung der Demokratischen Volkspartei. Die siegreiche sozialistische Macht bedurf auch der fortschrittlichen Variante des politischen Katholizismus nicht. Vereinfacht waren sie der Ansicht, dass Religion und Kirche gleichbedeutend mit Reaktion sind, daher trat ihr Verdrängen in die Sakristei in den Vordergrund.

In den Tagen der Schaffung der Diktatur des Proletariats begann der Angriff auch gegen den linken Flügel der Demokratischen Volkspartei, womit man ihre Ablösung von der „Christlichen Einheitsfront“, die gegen Verstaatlichung der kirchlichen Schulen — wohl vorübergehend (— aber von Mindszenty bis einschliesslich Barankovics doch wieder zustandekam, erreichen wollte. Am Tage vor der Parlamentsdebatte des Gesetzesantrag



wurden die früher der KALOT angehörenden Abgeordneten der Partei vor den Immunitätsausschuss gewiesen (und anfang Juli entzog man ihnen ihr Mandat.)<sup>63</sup>

Die Debatte des Gesetzesvorschlags über die Verstaatlichung der Schulen, in der Barankovics den Minoritätsantrag der Opposition vortrug, begann am 16. Juni 1948. Barankovics argumentierte unter Berufung auf das Naturrecht der Eltern für die Erhaltung der kirchlichen Schulen und die Abweisung des staatlichen Schulmonopols. (Bekanntlich war in Ungarn bis 1948 die überwiegende Mehrheit der Volksschulen und mehr als die Hälfte der Mittelschulen in kirchlichen Händen, hiervon betrug der Anteil der katholischen Kirche sogar über 80%.)<sup>64</sup> Barankovics erkannte es richtig, dass im Laufe der volksdemokratischen Revolution die Verstaatlichung der Schulen (und anschliessend die Auflösung der geistlichen Orden) die weltanschaulichen Fragen, welche die Christdemokratie vom Sozialismus trennen, unmittelbar berühren.

Im Sommer 1948 kam eine Situation zustande, in der man diesen Gesetzesvorschlag nur akzeptieren oder abweisen konnte. All das geschah entgegen der Absicht Barankovics'. „Ich war wirklich mit jedem Schritt bestrebt das Zustandekommen eines einigermaßen erduldbaren Zustands zwischen Kirche und Staat zu fordern, ich versuchte ohne Aufgabe der Grundsätze, aber mit Umgehung eines offenen Kampfes zwischen den gegensätzlichen Standpunkten eine ertragbare Lösung zu finden“ – formulierte er am Ende seiner Rede das Wesen seiner politischen Strategie.<sup>65</sup> Barankovics kam mit der Suche nach einem Dialog seiner Zeit zuvor; bevor die Bedingungen für einen Dialog geschaffen wurden, musste ein anscheinend endgültiger Bruch erfolgen.

Im Herbst 1948 wurde die Schaffung des Einparteiensystems, und noch vorher die Liquidierung der Parteien ausserhalb der Koalition sodann die der Koalitionsparteien auf die Tagesordnung gesetzt. Das letzte öffentliche Auftreten Barankovics' in Ungarn erfolgte am 14. Dezember 1948. Zur Verkündung seines politischen Vermächtnisses bot ihm die Antrittsrede des Ministerpräsidenten István Dobi Möglichkeit. Dobi proklamierte auf der Ebene des Regierungsprogrammes die Abrechnung mit dem politischen Katholizismus, genauer mit der Demokratischen Volkspartei und mit Mindszenty. Seiner Meinung nach wurde die Barankovics-Partei „zu einem überholten Phänomen, zu einer Partei, von der es sich immer mehr herausstellt, dass die demokratische Entwicklung über sie hinweggegangen ist. Diese Partei bedient sich wohl manchmal zwangsmässig und zwecks Täuschung einer demokratischen Maske, doch unter ihren Flügeln versammeln sich eifrig die sich mit einem guten Instinkt orientierenden Faschisten und imperialistischen Agenten. Die Barankovics-Partei wird immer mehr zu einem Lastposten am Hals des ungarischen Volkes.“<sup>66</sup> Dies alles deutete auf eine baldige Liquidierung der Demokratischen Volkspartei. Die Diagnose war jedoch nicht stichhältig. Die Partei Barankovics' wurde nicht zum Sammelplatz der Faschisten, sie distanzierte sich sogar von der konservativen Rechten, einschliesslich die christlichen politischen Kreise, mit denen sie nun in einen Topf geworfen wurden.



In Dobis Rede spukte bereits das Gespenst der sektiererischen Ungeduld und der Konzeptionsprozesse. „Die Barankovics-Partei ist jedoch nicht der einzige Lastposten einer Entwicklung der ungarischen Volksdemokratie – führte der Ministerpräsident weiter aus. – Die ungarische Reaktion versammelt sich in erster Linie unter der Fahne des Kardinals Mindszenty... Mindszenty ist der oberste Schutzherr und Organisator der Reaktionäre, der Faschisten und der Kriegsverbrecher. Deshalb wies er schon so oft eine Verständigung mit der Demokratie ab und deshalb trachtete er aus der katholischen Kirche eine illegale politische Partei gegenüber der Volksdemokratie zu formen. Meine Regierung wünscht nach wie vor eine Verständigung mit der katholischen Kirche – erklärte Dobi –, zugleich gelangte sie aber zu der Einsicht, dass so lange Mindszenty an der Spitze der katholischen Kirche steht, jede Verständigung aussichtslos ist.“<sup>67</sup>

Zu dem Regierungsprogramm, das die Beseitigung des Fürstprimas und die Auflösung der christlich-demokratischen Partei als gemeinsames Ziel ankündigte, hatte der oppositionelle Parteiführer – der den Faschisten und den Agenten des Imperialismus gleichgestellt wurde – wahrlich nicht viel Meritorisches zu sagen. Barankovics konstantierte es skeptisch, dass Dobi ihnen aus dem ungarischen öffentlichen Leben die Tür gewiesen hat. Auch in der Politik galt der Grundsatz „vae victis!“ und Barankovics war nicht umsonst ein guter Lateiner. Er musste feststellen, dass sich die Lage gegenüber 1947 gründlich geändert hat: die bürgerliche Demokratie wurde von der Diktatur des Proletariats abgelöst. Barankovics stellte in Aussicht die Konsequenzen zu ziehen, das heisst die Partei aufzulösen. „Wir haben uns nicht geändert, doch änderten sich – infolge der Regierungspolitik – um uns herum die Umstände. Die geänderten Umstände zur Kenntnis zu nehmen und daraus die Folgerungen zu ziehen, ist im gegebenen Augenblick das Erfordernis der politischen Weisheit. Wir sind eher bereit die Konsequenzen zu ziehen als unser Programm den geänderten Umständen anzupassen. Einfach deshalb, weil unsere Überzeugung nicht weniger klar und nicht weniger selbstlos ist als die unserer ärgsten Gegner.“<sup>68</sup>

Über die am 26. Dezember 1948 erfolgte Verhaftung des Fürstprimas József Mindszenty äusserte sich Barankovics nicht. Die Konferenz seiner Partei vom 4. Januar 1949 distanzierte sich aber von deren politischen Beziehungen. Auch im Parlament war nur so viel geschehen, dass eines der ältesten Mitglieder der Partei, Professor Sándor Bálint sein Mandat zurücklegte. Barankovics nahm im Laufe des Monats Januar am Parlamentsleben nicht mehr teil. Am 28. Januar stellte auch das Parteiblatt *Hazánk* sein Erscheinen ein. Die Lage der Demokratischen Volkspartei und ihres Führers wurde unhaltbar.<sup>69</sup>

Am Tage vor Beginn des Mindszenty-Prozesses, am 2. Februar 1949 verliess István Barankovics in Begleitung seiner Frau, ferner von József Jánosi SJ. und einer katholischen Schriftstellerin im Auto der amerikanischen Gesandtschaft das Land. Tags darauf gab er in Wien eine kurze Erklärung ab: er habe schon in seiner Rede vom Dezember die Auflösung der Partei angezeigt, das er erst vor Weihnachten, dann Mitte Januar durchzuführen beabsichtigte, dies sei jedoch infolge der Mindszenty-Angelegen-



heit nicht möglich gewesen. Dem Präsidenten des Parlaments meldete er mit seinem Brief vom 31. Januar die Auflösung der Demokratischen Volkspartei an.<sup>70</sup>

Dem Abgang des Generalsekretärs der Partei ins Ausland folgte die Emigration einer Anzahl von Abgeordneten. Im Namen der wenigen Hiergebliebenen – der Mitglieder des Politischen Ausschusses der Partei – erklärte ihre Konferenz vom 4. Februar 1949 die Auflösung der Demokratischen Volkspartei. Die Unterzeichner der Erklärung über die Selbstauflösung der Partei waren – mit einer Ausnahme – Mitglieder des engsten Kreises István Barankovics'.<sup>71</sup> Die Hauptverhandlung des Mindszenty-Prozesses begann am 3. Februar und endete am 8. Februar. Das Ausscheiden der ungarländischen Christdemokratie aus dem politischen Leben fiel mit der Niederlage des konservativ-politischen Katholizismus zusammen, war aber mit dieser nicht identisch. István Barankovics war kein Feind, sondern ein Gegenpartner der ungarischen Volksdemokratie.

#### 8. *Barankovics in der Emigration*

Nach seiner Emigration liess er sich, nach einem kurzen Aufenthalt in Österreich, in den Vereinigten Staaten, in New York nieder. In der „Gegenregierung“ der ungarischen politischen Emigration, im Ungarischen Nationalkomitee wurde Barankovics die Leitung des Ausschusses für Kultus und Unterricht übertragen.<sup>72</sup> Ausserdem schaltete er sich auch in die internationale christlich-demokratische Bewegung ein. Die christlichen Parteien Europas gründeten schon im März 1947 im schweizerischen Luzern die Nouvelles Equipes Internationales (NEI). Im Rahmen der christlich-demokratischen „Internationale“ brachten die Führer der emigrierten osteuropäischen Christdemokraten 1950 in New York ihre eigene regionale Organisation, die Union Chrétienne-Démocrate de l'Europe Centrale zustande. Deren Mitgliedsorganisationen waren die gewesenen polnischen, slowakischen, ungarischen, slowenischen, lettischen und litauischen christlichen Parteien. Generalsekretär der regionalen Organisation wurde der Pole Konrad Sienkiewicz, zum Vorsitzenden wurde István Barankovics gewählt.<sup>73</sup>

Im Kunterbunt der Emigration kann Barankovics' Platz am gemässigten Mittelweg ausgezeichnet werden. Er blieb sich selbst auch in Amerika treu: er verschaffte sich eher durch sein wohlsundiertes theoretisches Wissen Ansehen und hielt sich fern vom Gereisse.<sup>74</sup> (Kennzeichnend für ihn ist, dass er an keiner Universität einen Lehrstuhl angenommen hat, obwohl er wiederholt berufen wurde. Es graute ihm vor jedem öffentlichen politischen Auftreten; er erlernte auch nie richtig die englische Sprache. Den sich in der Fremde niemals daheim fühlenden Barankovics „managete“ eher seine agile und vielsprachige Gattin.)

Während seiner Tätigkeit in der Emigration beschäftigte er sich hauptsächlich mit kulturellen, ideologischen und kirchenpolitischen Fragen. Bei Ausarbeitung des kulturpolitischen Programms der Emigration anerkannte er die Erfolge der Kulturrevolution in Ungarn.<sup>75</sup> Er äusserte sich nur selten über die hemischen Angelegenheiten. Mit der Weisheit des



verbitterten Mannes erkannte er es recht bald, dass die Lenkung des Schicksals von Land und Volk in den Händen der Daheimgebliebenen liegt und die Emigration hierauf keinen Einfluss ausüben kann.

In den Tagen der Konterrevolution vom Jahre 1956 wurden in Budapest verschiedentliche Versuche zwecks Neuorganisierung der Demokratischen Volkspartei unternommen. Auch die daheim gebliebenen Anhänger Barankovics' meldeten die Wiederaufnahme der Tätigkeit ihrer Partei an – eine Folge des Blattes *Hazánk* erschien auch –, diese Aktionen waren aber in keiner Verbindung mit Barankovics.<sup>76</sup>

Die neue Emigration vom Jahre 1956 verwirrte abermals die politischen Fronten unter den ungarischen Emigranten. Barankovics empfing die „Freiheitskämpfer“ genauso mit Misstrauen wie die „nationalen Kommunisten“. Obwohl er auch Mitglied der anfangs 1958 in New York zustandegebrachten neuen Spitzenorganisation der Emigration, des Ungarischen Komitees wurde, zog er sich seit den 1960er Jahren vom aktiven Politisieren ziemlich zurück.

Das Interesse Barankovics' wandte sich immer mehr den kirchlichen Fragen zu. Mit grossen Erwartungen blickte er dem II. Vatikanischen Konzil entgegen (1962–1965), von dem er eine Rechtfertigung der Christdemokratie und des Dialogs erwartete. Er sah es richtig, dass der unmittelbare, gesetzliche und institutionelle Einfluss der Kirche auf die Laienwelt völlig der Vergangenheit angehört. Das Konzil muss auf die Veränderung des Verhältnisses zwischen kirchlicher und weltlicher Macht – die Säkularisation – und auf die allgemeine Laizisierung der Gesellschaft reagieren, um unter den veränderten Verhältnissen den Dienst der Sendung der Kirche zu finden.<sup>77</sup>

István Barankovics verschied am 13. März 1974 in New York. Er erlebte noch den Abgang des Kardinals Mindszenty nach dem Westen und seine kirchliche Beiseitstellung. Der Mythos zerfloss, aber ob Barankovics irgendwelche Konsequenzen gezogen hat, das bleibt das Geheimnis seiner im Piaristenarchiv zu Rom verwahrten, einstweilen unzugänglichen Tagebuchaufzeichnungen.<sup>78</sup> Den vom liberalen katholischen Journalisten zum Führer der ungarischen Christdemokratie herangewachsenen István Barankovics begleitete die Antipathie, ja der persönliche Hass des hochwürdigen Kardinals Mindszenty auch in die Emigration. Barankovics musste nicht allein eine persönliche, sondern auch eine politische Tragödie erdulden: Mindszenty und seine Gesinnungsgenossen erblickten in ihm „den Agenten der Kommunisten und Russen“, die Kommunisten und die Linke aber den Mann der „klerikalen Reaktion“, wogegen er keiner der beiden war.

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Erzbischöfliches Archiv Eger. Tanfelügyelő-ségi iratok. Tanítói törzslapok. (Schriften des Schulinspektorats. Stammbblätter der Lehrer.) Die Gemeinde Polgár (Tiszapolgár) gehört heute zum Komitat Hajdu – Bihar.

<sup>2</sup> Archiv des Komitats Heves. Az Egri Cisztercita Főgimnázium Évkönyvei (Jahrbücher des Zisterzienser-Obergymnasiums in Eger) 1917–1925.

- <sup>3</sup> A Wesselényi Reform Klub 1929. november 7-i memoranduma (Memorandum des Wesselényi-Reform-Klubs vom 7. November 1929). Ungarisches Staatsarchiv. K - 149. Belügy-miniszter res. iratok. Bund 124. - 1929 - 7 - 8550; Pesti Napló, 7. November 1929.
- <sup>4</sup> Nemzeti Ujság, 12. Mai 1931.
- <sup>5</sup> Erschienen als „aktives katholisches Organ“ zwischen 1931 und 1938. Nach dem Tode Széchenyis änderte Jenő Katona den Titel der Zeitschrift auf Jelenkor, so erschien sie bis 1944. S.: *Vásárhelyi, M.: Katolikusok a szellemi ellenállásban. Beszélgetés Katona Jenővel (Katholiken im geistigen Widerstand. Gespräch mit Jenő Katona).* Literatura, 1980 Nr. 1, S. 112 - 127.
- <sup>6</sup> *Pethő, S.: A magunk útján (Auf unserem Weg).* Bp. 1937. Hrsg. István Barankovics. Deák Ferenc Társaság, S. 5.
- <sup>7</sup> Es handelt sich um die überparteiliche Organisation der heimischen Legitimisten.
- <sup>8</sup> *Dante, A.: Die Göttliche Komödie (Divina commedia). Paradisom (Das Paradies) XIX. 142 - 143.* Ungarische Übersetzung von Mihály Babits. Deutsch von Karl Streckfuss, Stuttgart, o. J.
- <sup>9</sup> Eingehend s.: *Kállai, Gy.: A magyar függetlenségi mozgalom (Die ungarische Unabhängigkeitsbewegung) 1936 - 1945.* Bp. 1965. V. umgearbeitete Auflage.
- <sup>10</sup> *Petőfi útján (Am Wege Petőfis).* Bp. 1942. S. 13 - 18.
- <sup>11</sup> Chefredakteur war Graf Gyula Dessewffy. Nach 1945 wurde das Blatt die offizielle Zeitung der Kleinlandwirtepartei, Dessewffy aber einer der Parteiführer.
- <sup>12</sup> Sándor Pethő war bis 1938 Schriftleiter des Blattes Magyarország. Das Organ Magyar Nemzet, das seit 25. August 1938 als Blatt der deutschfeindlichen, westfreundlichen liberalen Grosskapitalisten und legitimistischen Grossgrundbesitzer erschien, redigierte er bis zum Sommer 1940. Auf Forderung der Deutschen zog er sich zurück und wurde bald darauf Opfer eines Autounfalls. Die Leitartikel Pethös veröffentlichte Barankovics in zwei Bänden.
- <sup>13</sup> Siehe hierzu den Brief von Ferenc Chorin an Tibor Eckhardt vom 27. Oktober 1944. Mitgeteilt von *Vida, I.: Három Chorin-levél (Drei Chorin-Briefe).* Századok, 1977 Nr. 2, S. 368; ferner *Barankovics, I.: A magunk útján (Auf unserem eigenen Weg).* Magyar Nemzet, 23. Mai 1943.
- <sup>14</sup> Das Memorandum verfasste der Priester der Erzdiözese Esztergom, József Almásy. Aufgrund der Mitteilungen von Barankovics und Béla Kovrig veröffentlicht von *László, T. László: Adatok a magyarországi katolikus ellenállás történetéhez III. Szellemi honvédelem (Beiträge zur Geschichte des katholischen Widerstandes in Ungarn III. Geistige Landesverteidigung).* Katolikus Szemle (Rom), 1979 Nr. 1, S. 16.
- <sup>15</sup> *Maritain, Jacques: Humanisme intégral.* Paris 1936.
- <sup>16</sup> Zürich, 1942. Ungarisch Bp. 1943. Auróra kiadás. Es handelt sich um eine Trilogie, deren weitere Bände die folgenden sind: *Civitas humanae; Internationale Ordnung (1945).* S.: *J. Horváth, Tamás: A Harmadik út első prófétája (Der erste Prophet des Dritten Weges).* Katolikus Szemle, 1982, Nr. 3, S. 201 - 212.
- <sup>17</sup> *Röpke, W.: A harmadik út (Der dritte Weg).* gen. Werk, S. 6.
- <sup>18</sup> *Lackó, M.: Válságok, választások (Krisen, Wahlen).* Bp. 1975, S. 350.
- <sup>19</sup> Barankovics inskribierte neuerdings im Schuljahr 1939/40 an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Das erste Rigorosum legte er 1942, das zweite am 19. Juni 1944 (also schon während der deutschen Besetzung) ab. ELTE Archiv. Rechtswissenschaftliche Fakultät. Doktori szigorlati jegyzőkönyvek.
- <sup>20</sup> *Boldizsár, I.: Don - Buda - Párizs.* Bp. 1982. S. 155 u. 169.
- <sup>21</sup> Primatialarchiv Esztergom (im weiteren: EPL), 8118/1944. Über die berufsständische Bewegung *Gergely, J.: A politikai katolicizmus Magyarországon (Der politische Katholizismus in Ungarn) 1890 - 1950.* Bp. 1977. S. 195 - 236.
- <sup>22</sup> EPL 5993/1943, ferner *László, T. L.: Adatok a magyarországi katolikus ellenállás történetéhez I. A Katolikus Szociális Népmozgalom megalakulása (Beiträge zur Geschichte des katholischen Widerstandes I. Gründung der Katholischen Sozialen Volksbewegung).* Katolikus Szemle, 1978 Nr. 1, S. 16 - 17. Er rekonstruiert die Geschehnisse aufgrund des unveröffentlichten Manuskripts aus dem Jahr 1961 des kanadischen Historikers ungarischer Abstammung Béla Kovrig und nach den verbalen Reminiszenzen Barankovics'.
- <sup>23</sup> EPL 1982/1944 und Püspöki konferenciák jegyzőkönyvei (Protokolle der Episkopatskonferenzen), 14. März 1944, Punkt 15.



- <sup>24</sup> László, T. László: Adatok a magyarországi katolikus ellenállás történetéhez II. A Keresztény Demokrata Párt létrehozása (Beiträge zur Geschichte des katholischen Widerstandes in Ungarn II. Gründung der Christlich-Demokratischen Volkspartei). *Katolikus Szemle*, 1978, Nr. 2, S. 108.
- <sup>25</sup> Nach Kovrigs Reminiscenzen (mitgeteilt von László, T. L.: *Katolikus Szemle*, 1978, Nr. 2, S. 109) kam die Christlich-Demokratische Volkspartei am 13. Oktober 1944 zustande. Nach dem zeitgenössischen Tagebuch eines anderen Teilnehmers, Tőhötöm Nagy S.J. kam es hierzu am 14. Oktober 1944. Letzteres ist zu finden: Nationalbibliothek Széchenyi (im weiteren OSZK), Handschriftensammlung. Fond 216, Nagy Tőhötöm hagyatéka. Karton 4. Eintragung vom 22. Oktober 1944: Dies wird auch von der jüngsten Fachliteratur anerkannt. S.: *Izsák, L.: A polgári ellenzéki pártok Magyarországon* (Die bürgerlichen Oppositionsparteien in Ungarn) 1944–1949. Bp. 1983, S. 44.
- <sup>26</sup> Zitiert aus den Memorien Kovrigs von László, T.L.: *Katolikus Szemle*, 1978. Nr. 2, S. 109.
- <sup>27</sup> Eingehend siehe: *A kereszténydemokrácia Nyugat-Európában* (Die Christdemokratie in Westeuropa) 1944–1958. Red. *Gergely, J. Bp.* 1980.
- <sup>28</sup> OSZK F. 216, K. 4. Eintragung vom 27. Februar 1945.
- <sup>29</sup> EPL 3567/1945.
- <sup>30</sup> OSZK F. 216, K. 4. Eintragung vom 4. März 1945.
- <sup>31</sup> A. a. O. Eintragung vom 27. Februar 1945 und *Varga, L.: Kérem a vádlott felmentését* (Ich bitte um Freisprechung des Angeklagten). Youngstown (USA) 1979. S. 52.
- <sup>32</sup> *Indul a Kalot* (Es startet die KALOT). Red. *Ugrin, J.* Debrecen, 1945. S. 6.
- <sup>33</sup> Den Kampf um die Anerkennung veranschaulichen gut die Aufzeichnungen von Pater Nagy. S. auch *Izsák, L.: gen. Werk*, S. 50.
- <sup>34</sup> EPL Püspöki konferenciák jegyzőkönyvei (Protokolle der Episkopatskonferenzen). Protokoll vom 24. Mai 1945; *Varga, L.: gen. Werk* S. 56–60.
- <sup>35</sup> *Kovács, A.: A Mindszenty-per árnyékában* (Im Schatten des Mindszenty-Prozesses). Innsbruck, 1949. S. 143–144; *A magyar népi demokrácia története* (Geschichte der ungarischen Volksdemokratie) 1944–1962. Bp. 1978. Red. Sándor Balogh und Sándor Jakab. S. 56.
- <sup>36</sup> OSZK F. 216, K. 13. Bericht vom 19. November 1945.
- <sup>37</sup> *Barankovics, Dr. I.: Programbeszéd a Demokrata Néppárt 1945. szeptember hó 25-iki értekezletén* (Programmrede in der Konferenz der Demokratischen Volkspartei vom 25. September 1945). Bp. 1945. Mitgeteilt von *Izsák, L. gen. Werk*, S. 307.
- <sup>38</sup> EPL Protokolle der Episkopalkonferenzen. Prot. vom 17–18. Oktober 1945; *Orbán, S.: A Demokrata (Barankovics) Néppárt történetéhez* (Zur Geschichte der Demokratischen – Barankovics – Volkspartei) 1945–1949. Századok, 1958, S. 164–201.
- <sup>39</sup> *Nemzetgyűlési Napló* (Journal der Nationalversammlung), 1945/Bd. I, 6. Sitzung, S. 180.
- <sup>40</sup> *Uj Szó*, 26. Januar 1946. Besprechungen Barankovics Istvánna, a Néppárt vezetőjével (Gespräche mit István Barankovics, dem Führer der Volkspartei). Auch weitere Zitate von hier.
- <sup>41</sup> OSZK F. 216, K. 13. Bericht vom 24. Juni 1946; a. a. O. K. 4. Bericht vom 3. Juli 1946; *Varga, L.: gen. Werk* S. 110; *Gergely, J.: A politikai katolicizmus Magyarországon* (Der politische Katholizismus in Ungarn). Gen. Werk S. 237–278.
- <sup>42</sup> OSZK F. 216, K. 4. Eintragungen vom 6. und 9. September, sowie 16. Oktober 1946 usw. Den Inhalt der Verhandlungen könnte man aufgrund des unzugänglichen Tagebuches Barankovics' genauer rekonstruieren.
- <sup>43</sup> *Mindszenty, J.: Emlékirataim* (Erinnerungen). Toronto 1974, S. 72; *Varga, L.: gen. Werk* S. 82; *Köztársaság*, 8. August 1946.
- <sup>44</sup> *Köztársaság*, Folgen vom 8., 15. und 22. August 1946.
- <sup>45</sup> Mündliche Mitteilung von Sándor Keresztes und *Izsák, L.: gen. Werk* S. 192.
- <sup>46</sup> EPL Püspöki konferenciák jegyzőkönyvei (Protokolle der Episkopalkonferenzen). Prot. v. 25. Juli 1947. An erste Stelle wurde das Keresztény Női Tábor (Christliche Frauenlager) der Margit Slachta, an zweite Stelle die unabhängige Partei des Zoltán Pfeiffer gesetzt.
- <sup>47</sup> *Balogh, S.: Parlamenti és pártharcok Magyarországon* (Parlaments- und Parteizwistigkeiten in Ungarn) 1945–1947. Bp. 1975. S. 531 und 601; *Vida, I.: A Független Kisgazdapárt politikája* (Politik der Unabhängigen Kleinlandwirtpartei) 1944–1947. Bp. 1976. S. 316; OSZK F. 216, K. 8. 5. April 1947.



- <sup>48</sup> *Barankovics, Dr. I.*: Keresztény demokrácia. Mit akar a Demokrata Néppárt? (Christ-demokratie. Was will die Demokratische Volkspartei?). Bp. 1947. S. 3–31.
- <sup>49</sup> *Hazánk*, 5. September 1947. Die Ergebnisse detailliert: *Izsák, L.*: gen. Werk, S. 200–203.
- <sup>50</sup> *Vida, I.*: A Független Kisgazdapárt politikája (Politik der Unabhängigen Kleinlandwirte-partei). Gen. Werk, S. 329; *Hazánk*, 5. September 1947.
- <sup>51</sup> Mitteilung von Sándor Keresztes.
- <sup>52</sup> *Hazánk*, 5. September 1947. *Barankovics, I.*: A jövő kapujában (An der Pforte der Zukunft).
- <sup>53</sup> EPL 4910/1948; *Hazánk*, 19. September 1947.
- <sup>54</sup> Országgyűlési Napló (Parlamentsjournal), 1947/Bd. I. 2. Sitzung (S), 17. September 1947.
- <sup>55</sup> A. a. O. 4. S., 7. Oktober 1947. S. 54–78.
- <sup>56</sup> A. a. O. 20. S., 14. November 1947, S. 1051–1054.
- <sup>57</sup> A. a. O. Bd. II, 26. S. 4. Dezember 1947.
- <sup>58</sup> A. a. O. 40. S. 5. Februar 1948, S. 679.
- <sup>59</sup> A. a. O. Bd. III. 56. S. 1. März 1948. S. 1033–1045; *Varga, L.*: gen. Werk S. 102–103.
- <sup>60</sup> Országgyűlési Napló (Parlamentsjournal), 1947/Bd. III, 58. S. 5. März 1948, S. 1153–1158; bzw. Bd. IV. 62. S. 26. April 1948. S. 32.
- <sup>61</sup> Zitiert von *Izsák, L.* Gen. Werk S. 242.
- <sup>62</sup> *Varga, L.* Gen. Werk, S. 107–108.
- <sup>63</sup> *Szabad Nép*, 13. Juni 1948; *Parlamentsjournal*, 1947/Bd. IV. S. 72. 15. Juni 1948.
- <sup>64</sup> *Parlamentsjournal*, 1947/Bd. IV, 73. S. 16. Juni 1948; ferner *Földet, köztársaságot, állami iskolát!* (Boden, Republik, staatliche Schule!). Red. *Balogh, S.*: Bp. 1980. S. 24–32 und 283–467.
- <sup>65</sup> *Földet, köztársaságot, állami iskolát!* gen. Werk S. 337.
- <sup>66</sup> *Parlamentsjournal*, 1947/Bd. V, 91. S. 14. Dezember 1948. S. 8.
- <sup>67</sup> A. a. O. S. 9.
- <sup>68</sup> A. a. O. S. 36–37.
- <sup>69</sup> *Hazánk*, 7. Januar 1949, ferner *Parlamentsjournal*, 1947/Bd. V, 94. S. 12. Januar 1949. A Demokrata Néppárt felszámolásáról (Über die Liquidierung der Demokratischen Volkspartei) *Izsák, L.* gen. Wer, S. 218–230.
- <sup>70</sup> *Nyugati Hírnök*, 9. Februar 1949; OSZK F. 216, K. 10. Briefe des Prälaten Zoltán Nyisztor an Pater Nagy vom 22. und 28. März 1949.
- <sup>71</sup> *Szabad Nép*, 5. Februar 1949. Die Unterzeichner: Imre Kálmán Székely, György Rónay, Sándor Eckhardt, György Eszterhás, Vid Mihelics und György Farkas. Für die Bewertung: *Politika*, 12. Februar 1949.
- <sup>72</sup> *Nagy, K.*: *Elveszett alkotmány* (Verlorene Verfassung). München, 1974, S. 59.
- <sup>73</sup> Red. *Bernassola, A.*: *Democrazia Cristiana de alta internazionale*. Rom, 1968. S. 59–60; *Leslie, L.*: *Le Parti Populaire Democrite-Chretien de Hongrie (1944–1949)*. Cahiers d'Etudes No. 25. Centre International D. C. d'Information et de Documentation. Rom 1982. S. 46–47.
- <sup>74</sup> *Nagy, K.*: gen. Werk, S. 51, ferner mündliche Mitteilungen von Sándor Keresztes und László T. László.
- <sup>75</sup> Az emigráció kultúrpolitikai programja (Kulturpolitisches Programm der Emigration). New York 1952. Hrsg. Magyar Nemzeti Bizottság Végrehajtó Bizottsága (Exekutiv-ausschuss des Ungarischen Nationalkomitees).
- <sup>76</sup> Mündliche Mitteilungen von György Farkas, Sándor Keresztes und József Ugrin.
- <sup>77</sup> *Barankovics, I.*: *Egyetemes zsinat és vasfüggöny* (Ökumenisches Konzil und eiserner Vorhang). New York, 1962.
- <sup>78</sup> Den Nekrolog über ihn schrieb sein einstiger Kollege beim Blatt *Magyar Nemzet*, István Frey. *Frey, I.*: *Barankovics István emlékezete* (In memoriam István Barankovics). *Katolikus Szemle*, 1974. Nr. 2, S. 245–249 und *Új Látóhatár*, 15. April 1974.